Kommunal-wahl-programm 2025

Menschen stärken.
Umwelt schützen.
Teilhabe fördern.

Die Linke

Kreisverband
Herne/Wanne-Eickel

Die Linke

Kreisverband
Herne/Wanne-Eickel

Impressum

Fraktion Die Linke Herne/Wanne-Eickel
Hauptstraße 181, 44652 Herne
Telefon: 02325 / 65 40 51
E-Mail: fraktion@die-linke-herne.de
V.i.S.d.P.: Patrick Gawliczek

www.dielinke-herne.de

1. Einleitung

Herne ist mehr als nur eine Stadt – es ist unser Zuhause, unser Lebensraum und unsere Gemeinschaft. Es ist eine Stadt mit Potential. Doch viele Menschen hier spüren jeden Tag die wachsende soziale Ungleichheit. Steigende Mieten, wachsende Armut und fehlende Perspektiven machen das Zusammenleben immer schwieriger. Gleichzeitig fordert uns der Klimawandel heraus: Wir müssen handeln, um unsere Umwelt zu schützen und unsere Stadt auch zukünftig lebensfähig zu machen.

Für uns als Linke Herne stehen diese Herausforderungen im Mittelpunkt. Wir wollen eine Stadt, in der soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz Hand in Hand gehen. Eine Stadt, in der bezahlbarer Wohnraum für alle selbstverständlich ist, in der nachhaltige Mobilität den Alltag erleichtert und in der grüne, lebendige Räume zum Wohlfühlen einladen. Und vor allem, wollen wir dies gemeinsam mit den Einwohner*innen der Stadt Herne erreichen.

Unser Wahlprogramm bündelt die wichtigsten Themen, die Herne braucht, um heute und morgen besser zu werden:

- **Bürgerbeteiligung:** Mehr Mitbestimmung und stärkere Gemeinschaft vor Ort.
- **Soziale Gerechtigkeit:** Bezahlbarer Wohnraum, armutsfeste Leistungen und mehr Chancen für alle.
- **Soziale Infrastruktur:** Stärkung von Gesundheit, Pflege und sozialen Einrichtungen.
- **Mobilität:** Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und sichere Radwege für alle.
- **Bildung & Kultur:** Gute Schulen, vielfältige Angebote und Räume für Kreativität.
- **Klimaschutz & Umwelt:** Nachhaltige Stadtentwicklung, saubere Luft und grüne Infrastruktur.

Wir laden alle Bürger*innen ein, mit uns Herne aktiv zu gestalten. Gemeinsam machen wir unsere Stadt sozialer, grüner und lebenswerter für alle Generationen.

Und nicht zuletzt: Auf ein Wort: Hernes Schulden – es gibt Lösungen

Die anhaltende Verschuldung unserer Stadt ist kein hausgemachtes Problem, sondern das Ergebnis einer strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen durch Bund und Land. Aufgaben wie die Versorgung und Beratung in verschiedensten Bereichen werden an die Städte übertragen, ohne dass ausreichende finanzielle Mittel dafür bereitgestellt werden. So türmen sich Schulden auf, während vor Ort das Geld fehlt, um kommunale Aufgaben zu erfüllen.

Ob Schulgebäude, Kitas, Beratungsstellen oder das Ausländeramt – überall sind die Folgen zu spüren: zu wenig Personal, zu lange Wartezeiten, zu wenig Handlungsspielraum. Die Schulpauschale reicht nicht für den Sanierungsstau. Sozialleistungen steigen, aber die Zuweisungen nicht. Was angeblich alle politischen Ebenen erkannt haben, bleibt bislang wirkungslos: Die dringend nötige Unterstützung kommt nicht.

Dass sich das ändern muss, eint angeblich alle Parteien, aber die Bundes- bzw. Landesregierung tun seit Jahren: NICHTS. Dabei gibt es Wege aus dieser Lage. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist endlich von einer Entschuldung der Kommunen die Rede und auch das Land NRW will zusätzliche Mittel bereitstellen.

Die Linke hat auf Bundes- und Landesebene seit Jahren konkrete Vorschläge eingebracht – von einem echten Schuldenschnitt über Reformen bei der kommunalen Finanzierung bis zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wer Aufgaben an die Kommunen überträgt, muss auch für die nötige Finanzierung sorgen. Oder anders gesagt: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.

- Entschuldung der Kommunen durch Bund und Land
- Erhöhung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen von NRW von 23 auf 28 Prozent. Dieser Anteil wurde früher in NRW tatsächlich erreicht.
- Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer fairen Gemeindewirtschaftssteuer. Dabei sollen größere Betriebe stärker besteuert werden als kleine. Die Gewerbesteuer ist neben der Grundsteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte,

originäre Kommunalsteuer, bei der Städte und Gemeinden über ein eigenständiges Hebesatzrecht verfügen.

- Die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 geforderte Reform der Grundsteuer darf nicht zu weiteren Belastungen der Mieter*innen führen. Die Regelungen in NRW, die das Grundsteueraufkommen aufkommensneutral halten sollen, führen jedoch zu einer stärkeren Belastung von Wohngrundstücken, während Geschäftsgrundstücke eher entlastet werden. Die Linke unterstützt die im Landesgesetz vorgesehene Möglichkeit, die Hebesätze zu splitten und so Wohngebäude geringer zu belasten. Leider wurde das In Herne abgelehnt. Wir kämpfen weiter für differenzierte Hebesätze.

- **Keine Belastung der Mieter*innen durch die Reform der Grundsteuer** – stattdessen differenzierte Hebesätze und Umlagefreiheit der Grundsteuer B. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer B ausschließlich von den Eigentümer*innen entrichtet wird. Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig und wird den Mieter*innen bei den Mietnebenkosten in Rechnung gestellt. Viele Menschen, die mit immer weiter steigenden Mieten kämpfen, haben zu Recht Sorge vor einem Nebenkosten-Hammer.

- Die Linke unterstützt die in NRW gesetzlich neu eingeführte Anwendung der Grundsteuer C. Dadurch können baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke höher besteuert werden, um im Falle des Mangels an Bauland Spekulation entgegenzuwirken.

- Eine gerechte Steuerpolitik, die Millionär*innen und Großkonzerne stärker in die Pflicht nimmt. Die Einführung einer Millionärssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer sowie eine gerechte Besteuerung von Unternehmen, um die Kommunen nachhaltig zu finanzieren sind dabei maßgeblich. Dies betrifft gerade große Unternehmen, die durch großzügige Regelungen kaum Steuern zahlen.

Solange es keine faire Finanzverteilung gibt, muss Herne mit seinen Mitteln verantwortungsvoll haushalten. Das heißt für uns auch: **Keine neuen Prestigeprojekte, wenn sie nicht gleichzeitig sozial, ökologisch und finanziell nachhaltig sind.** Investitionen müssen der Allgemeinheit dienen – nicht den Interessen kultureller oder finanzieller Eliten.

2. Einwohner*innen-Beteiligung

Für die meisten Menschen ist Politik etwas Abstraktes, bei dem sie das Gefühl haben, kaum ein Mitspracherecht zu haben. Politische Entscheidungen werden von »denen da oben« getroffen. Mit einbezogen werden sie nur selten: meistens nur alle paar Jahre bei Wahlen, wenn sie ihr eigenes Stimmrecht an die eine oder andere Partei zu übertragen. Danach bleibt ihnen oft nur, zuzusehen wie Entscheidungen ohne ihr Zutun getroffen werden. Direkter Einfluss auf politische Entscheidungen ist selten. Häufig erfahren viele erst von ihnen, wenn diese bereits getroffen wurden.

Wir sagen: Demokratie kann mehr!

Demokratie bedeutet nicht nur, die Auswahl zu wählen, welche Parteien in den nächsten Jahren alle Entscheidungen treffen dürfen. Demokratie sollte bestenfalls ein Entscheidungsprozess über die Gestaltung unserer Gesellschaft im Großen sein. Auch auf kommunaler Ebene müssen alle Stimmen gehört werden und jeder und jede Einzelne mitwirken können.

Insbesondere die Kommunalpolitik entscheidet über Dinge, die uns alle direkt betreffen. Häufig haben Einwohner*innen spezifisches Wissen und konkrete Erfahrungen in ihren Lebenszusammenhängen, welche die Vertreter*innen im Rat und die Verwaltung nur bedingt haben. **Für die Ausgestaltung unserer Stadtgesellschaft sind wir alle Expert*innen.** Gerade auf kommunaler Ebene ist es deshalb unverzichtbar, durch mehr Demokratie und Beteiligung ein besseres und nachhaltigeres Miteinander zu wagen.

Wirklich alle Menschen mitnehmen

Sieht man sich im Herner Stadtrat um, so fällt einem schnell auf, dass die Besetzung - ähnlich wie in den meisten anderen politischen Entscheidungsgremien - nicht dem Schnitt der Gesellschaft entspricht: Es fehlen viele, die unsere Stadtgesellschaft genauso prägen. Die alleinerziehende Mutter, die junge Frau mit syrischer Familiengeschichte, die im Viertel aufgewachsen ist, die einfache Arbeiterin oder auch Bezieherinnen von Sozialleistungen sieht man hier selten. Resultat ist häufig eine Politik, die nicht die Interessen aller vertritt: Ökonomisch Benachteiligte, Migrantinnen, Menschen mit Behinderungen oder andere marginalisierte Gruppen ziehen häufig den Kürzeren.

Herne ist bereits seit langer Zeit eine Einwander*innenkommune und das ist sie nach wie vor. Die einen sind, zum Teil schon seit Generationen, integriert, andere müssen mit einbezogen werden. Und das ist möglich!

Unser Ideal von Einwohner*innen-Beteiligung ist die Berücksichtigung aller Perspektiven. Deshalb haben wir folgende Kriterien für politische Entscheidungsprozesse:

- Gendergerechtigkeit
- Barrierefreiheit
- Ökonomische Gerechtigkeit
- Beteiligung unabhängig der Herkunft oder Religionszugehörigkeit
- Altersgerechtigkeit

Damit alle Menschen an politischen Entscheidungen mitwirken können, fordern wir ein kommunales Wahlrecht für alle, die dauerhaft in Herne leben, unabhängig von ihrer Nationalität.

Streng geheim? Streng öffentlich!

Einerseits heißt es immer wieder, wir lebten im sogenannten Informationszeitalter. Tagtäglich werden wir über die klassischen, vor allem aber auch durch die »neuen« Medien mit einer Flut an Informationen erschlagen. Andererseits entsteht das Gefühl, dass wirklich relevante Informationen uns nicht erreichen und wichtige Entscheidungen in Hinterzimmern getroffen werden.

Während die klassischen Informationsquellen für lokalpolitische Geschehnisse, die Lokalzeitungen, immer geringere Auflagen erreichen, entwickelt sich mit den sozialen Medien ein immer größerer Informationsraum, der vor allem durch Dinge wie

Fake-News, Empörungskultur und einen oft sehr rauen Tonfall geprägt ist.

Hier steht nun die Politik in der Verantwortung, Einwohner*innen so transparent wie nur möglich über ihr Handeln zu informieren. Das schafft nicht nur Vertrauen, sondern ist Voraussetzung für politische Partizipation. Wir als **Die Linke** Herne/Wanne-Eickel gehen mit gutem Beispiel voran und halten unsere Sitzungen immer öffentlich ab. Sitzungen in Hinterzimmern lehnen wir generell ab. Deswegen fordern wir, dass alle Ratsarbeitskreise sowie die Aufsichtsräte aller kommunalen Unternehmen stets öffentlich tagen.

Mehr Transparenz durch Rats-TV: Informationen für alle zugänglich machen

Die Sitzungen des Stadtrates sowie seiner Ausschüsse sind zwar grundsätzlich öffentlich, in der Praxis herrscht hier aber nur eine begrenzte Öffentlichkeit: Nur wer aus beruflichen oder privaten Gründen Zeit hat, kann überhaupt teilnehmen. Wer nicht persönlich vor Ort ist, hat kaum Möglichkeiten, sich über Inhalte und Entscheidungen zu informieren.

Ein Erfolg für mehr Transparenz: Viele Jahre haben wir Druck gemacht, um zu erwirken, dass die Ratssitzungen gestreamt werden. Im Laufe der letzten Legislaturperiode hat sich unser Einsatz bezahlt gemacht: Die Herner Stadtratssitzungen werden nun live gestreamt. Ein wichtiger Schritt für mehr politische Teilhabe.

Doch wir wollen mehr:

- Der Streaming-Dienst muss dauerhaft erhalten bleiben und weiterentwickelt werden.
- Die bisherige Praxis, die Aufzeichnungen nur bis zur jeweils nächsten Ratssitzung online zu lassen, reicht nicht aus.
- Diskussionen und Entscheidungen im Stadtrat sind langfristig relevant – deshalb fordern wir, dass die Aufzeichnungen **dauerhaft öffentlich zugänglich** gemacht werden.

Ausweitung auf weitere Gremien:

- Rats-TV soll nicht auf die Stadtratssitzungen beschränkt bleiben.
- **Als nächsten Schritt fordern wir die Ausweitung auf die Bezirksvertretungen** – denn auch dort werden wichtige Entscheidungen getroffen, die die Lebensrealität der Menschen in Herne direkt betreffen.

Zugang erleichtern – verständlich für alle:

- Für viele Einwohner*innen ist es schwierig, den Diskussionen zu folgen, da der Kontext oft fehlt.
- Deshalb fordern wir Bauchbinden in den Videoübertragungen: kurze Einblendungen, die den aktuellen Tagesordnungspunkt erklären und den Zusammenhang verständlich machen.

Ein öffentliches Archiv für mehr Beteiligung:

- Die Aufzeichnungen der Ratssitzungen sollen **in einem öffentlich zugänglichen Archiv** gesammelt werden.
- So können alle Menschen in Herne nachvollziehen, wie Entscheidungen zustande kommen – auch nachträglich und unabhängig von Zeit und Ort.

Fazit: Transparenz darf nicht an technischen Hürden scheitern. Eine moderne Demokratie braucht leicht zugängliche Informationen. Deshalb setzen wir uns für ein dauerhaft verfügbares, verständliches und ausgeweitetes Rats-TV ein – für alle Menschen in Herne.

Einwohner*innen aktiv informieren

Nicht nur das Ergebnis zählt, sondern auch, wie es zustande gekommen ist. Deshalb braucht es eine transparente Dokumentation der Sitzung, die mehr zeigt als bloße Abstimmungsergebnisse. Protokolle, die nur festhalten, was beschlossen wurde, sagen nichts darüber aus, warum eine Entscheidung getroffen wurde oder welche Alternativen zur Diskussion standen.

Wir fordern deshalb: **Ausführliche Sitzungsberichte statt reine Ergebnisprotokolle!**

Zwar sind die meisten Ratsvorlagen online öffentlich zugänglich, doch sie bleiben für viele Menschen schwer verständlich. Oft sind sie sehr lang und in einem komplexen Verwaltungsdeutsch verfasst, das selbst Ratsmitgliedern Schwierigkeiten bereitet. Die Stadt muss daher zukünftig dafür sorgen, dass wichtige Informationen auch kurz und in verständlicher Sprache für alle zur Verfügung gestellt werden.

Bei politischen Entscheidungen von großer Tragweite fordern wir zusätzlich: Informationen in zertifizierter Leichter Sprache sowie ein mehrsprachiges Angebot, damit auch Menschen mit Lernschwierigkeit und Fremdsprachler*innen die Chance habe, sich zu informieren.

Gerade bei Bauprojekten reicht es nicht aus, lediglich die betroffenen Anwohner*innen erst dann zu informieren, wenn die Bebauungspläne bereits fertig auf dem Tisch liegen. Wenn unsere Stadt nicht allein nach den Vorstellungen ortsfremder Investoren gestaltet werden soll, muss die Beteiligung der hier lebenden Menschen deutlich früher und umfassender erfolgen. Der öffentliche Raum gehört allen, die ihn täglich nutzen und deshalb sollten auch sie ihn mitgestalten dürfen.

Echte Bürger*innenbeteiligung bedeutet die vielfältige lokale Expertise zu nutzen, soziale Nachhaltigkeit zu stärken und das Miteinander zu fördern. Bauprojekte und Bebauungspläne müssen in einem Dialog von Bevölkerung und Verwaltung entstehen. Dafür braucht es moderne Beteiligungsformate und eine konsequente Umsetzung dieser Beteiligung.

Denn: **Die Gestaltung unserer Stadt geht uns alle etwas an!**

Herner Bürgerdialog

Das von der Herner Stadtverwaltung neu eingeführte Format des Bürgerdialogs unterstützen wir ausdrücklich. Wir sehen darin einen wichtigen Schritt hin zu mehr Transparenz und Bürgernähe. Wir fordern eine konsequente Fortsetzung und den Ausbau dieses Dialogformats - als niederschwelliges Angebot, das nicht nur informieren, sondern auch aktiv Ideen und Vorschläge aus der Bevölkerung einholen soll. Eine Weiterentwicklung des Bürgerdialogs durch die Einbindung von Politiker*innen und externen Fachleuten kann die Diskussionen bereichern und vertiefen.

Damit dieses Angebot auch möglichst vielen Herner*innen erreicht, muss es stärker beworben und aktiv in die Stadtgesellschaft getragen werden. Menschen müssen dort angesprochen und eingeladen werden, wo sie sich aufhalten: In den Stadtteilen, in Kulturvereinen, im Sport, in sozialen Einrichtungen und Nachbarschaftsnetzwerken.

Einwohner*innen-App – Beteiligung muss mehr sein als ein Klick

Digitalisierung bietet enorme Chancen, um Bürger*innen stärker in politische Prozesse einzubinden, Informationen zugänglicher zu machen und unsere Demokratie lebendig zu gestalten. Doch während in vielen Bereichen digitale Lösungen längst Alltag sind, hinkt die kommunale Politik in Herne weit hinterher. Das zeigt sich deutlich an der bestehenden städtischen »Herne-App«, die mehr Schein als Substanz bietet.

Aktuell bietet die Herne-App lediglich:

- eine Übersicht über Veranstaltungen – oft unvollständig oder mit defizitärer Suchfunktion,
- städtische Informationen, die meist nur per externem Link auf die Homepage weiterleiten,
- ein Mängelmelder ohne Filtermöglichkeiten und ohne klare Übersicht über den Bearbeitungsstand,
- rudimentäre Feedbackmöglichkeiten und eine Map/Karte mit »wichtigen Orten«,
- eingeschränkte Personalisierungsmöglichkeiten, die keine echte Mitgestaltung ermöglichen.

Was fehlt, ist eine echte Plattform für Teilhabe. Eine App, die nicht nur informiert, sondern die Einwohner*innen unserer Stadt aktiv beteiligt und deren Perspektiven ernst nimmt. Eine App, die digitale Wege öffnet – nicht nur zu städtischem Service, sondern zu Demokratie.

Unsere Forderung: Eine echte Demokratie-App für Herne!

Wir fordern eine vollständig neu gedachte und eigenständig entwickelte Einwohner*innen-App, die die Beteiligung aller Menschen in Herne ernst nimmt und erleichtert. Sie soll transparent, interaktiv und inklusiv sein – und so zu einem digitalen Ort echter Mitbestimmung werden.

Unsere Vision für die Herner Demokratie-App umfasst folgende Kernfunktionen:

- **Aktuelle Informationen aus Politik & Verwaltung:** Alle Ratsentscheidungen, Ausschusssitzungen und politische Entwicklungen sollen in verständlicher Sprache aufbereitet und direkt in der App abrufbar sein – auf Wunsch auch in einfacher Sprache und mit erklärenden Hintergrundtexten.
- **Stimmungsbilder zu politischen Themen:** Bei wichtigen Entscheidungen soll es die Möglichkeit geben, Stimmungsbilder per App einzuholen. Diese Umfragen sind zwar rechtlich nicht bindend, doch sie erhöhen den Druck auf Politik und Verwaltung, Entscheidungen transparent zu begründen und Bürger*innen ernst zu nehmen.

- **Direkte Rückmeldung & Vorschlagswesen:** Die App soll eine einfache Funktion enthalten, mit der Nutzende konkrete Verbesserungsvorschläge einreichen oder Kritik äußern können. Diese Eingaben werden nach Themen geordnet, aufbereitet und den zuständigen Stellen zur Verfügung gestellt – ein digitaler Draht zwischen Bürgerschaft und Stadtverwaltung.

- **Veranstaltungen & Beteiligungsmöglichkeiten auf einen Blick:** Ein vollständiger, gut durchsuchbarer Veranstaltungskalender mit Filtermöglichkeiten nach Kategorien (z. B. politische Veranstaltungen, Kultur, Sport, CSD etc.) sowie eine Übersicht über laufende Beteiligungsverfahren, Bürgerversammlungen oder Mitmachaktionen.

- **Transparente Mängelmeldungen:** Ein Mängelmelder mit klarer Filterfunktion, Kategorisierung nach Themen (Beleuchtung, Müll, Barrierefreiheit etc.) und nachvollziehbarem Bearbeitungsstatus für jede gemeldete Stelle – statt einer überfrachteten, unübersichtlichen Map.

- **Barrierefreiheit & Mehrsprachigkeit:** Die App soll konsequent barrierefrei sein – mit einfacher Sprache, Screenreader-Kompatibilität und idealerweise Übersetzungen in die häufigsten in Herne gesprochenen Sprachen.

- **Datenschutz & Open Source:** Alle Datenverarbeitungsvorgänge müssen höchsten Standards des Datenschutzes entsprechen. Die Software der App soll quelloffen (Open Source) entwickelt werden, um Sicherheit, Transparenz und Anpassbarkeit zu gewährleisten.

- **Für alle in Herne lebenden Menschen nutzbar:** Unabhängig von Alter, Nationalität oder Aufenthaltsstatus – alle dauerhaft in Herne lebenden Menschen sollen die volle Funktionalität der App nutzen können. Nur so wird demokratische Teilhabe inklusiv.

Was wir fordern, ist kein Luxus, sondern demokratische Notwendigkeit.

In einer Stadt, in der viele Menschen sich von politischen Prozessen ausgeschlossen oder nicht ernst genommen fühlen, ist eine digitale Beteiligungsplattform ein starkes Signal. Sie macht deutlich: Deine Meinung zählt. Deine Stimme wird gehört. Deine Ideen gestalten die Stadt mit.

Digitale Beteiligung darf nicht bei der Online-Terminvergabe enden.

Wir wollen eine App, die Demokratie neu denkt – gemeinsam mit den Menschen in Herne.

Bürgerräte

Demokratie lebt von Entwicklung. Deshalb müssen wir auch außerhalb alter Muster denken und neue Wege der demokratischen Beteiligung schaffen. Während man bei Demokratie oft nur an direkte Demokratie oder gewählte Repräsentant*innen denkt, schlagen wir einen dritten Ansatz vor: **Bürger*innenräte.**

Bürgerräte werden nicht gewählt, sondern per **Losverfahren** für eine begrenzte Amtszeit bestimmt. Sie erhalten beratende Unterstützung durch qualifizierte Expert*innen aus Verwaltung und Wissenschaft. Durch das Losverfahren wird Vetternwirtschaft und Lobbyismus, wie sie in Parlamenten vorkommen können, entgegengewirkt. Zudem sorgt es für eine echte repräsentative Zusammensetzung.

Uns ist wichtig: Im Lostopf sollen nicht nur wahlberechtigte Herner*innen landen, sondern alle dauerhaft in Herne lebenden Menschen. So können möglichst viele Perspektiven in politische Beratungs- und Entscheidungsprozesse einfließen.

Weltweit zeigen Beispiele, dass Bürger*innenräte einen wertvollen Beitrag zur politischen Willensbildung leisten: In der deutschsprachigen Gemeinschaft Ostbelgiens etwa gibt es einen dauerhaften Bürger*innendialog. Dieser schlägt Themen vor, lässt Bürger*innengutachten durch geloste Bürger*innenpanels erstellen und begleitet den Prozess. Die Empfehlungen werden dem Parlament übergeben und müssen von den Abgeordneten öffentlich diskutiert und beantwortet werden.

Auch das Irish Citizens' Assembly in Irland hat Themen zu Verfassungsfragen bearbeitet - etwa zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Die Entscheidung darüber wurde schließlich durch ein Referendum getroffen. Und auch in vielen deutschen Kommunen wurden bereits positive Erfahrungen mit Bürger*innenräten gesammelt.

Die Linke fordert daher:

- Bürger*innenräte in den Herner Bezirken Sodingen, Mitte, Wanne und Eickel, die mit und für die Anwohner*innen konkrete Projekte umsetzen. Diese sollen ein festes Jahresbudget erhalten und konkrete Projekte initiieren können.

- Einen Bürger*innenrat zur Entwicklung einer ökologischen und sozialen Verkehrswende in Herne.

- Bürger*innenräte bei allen zukünftigen Großprojekten in Herne -angefangen mit einem Bürger*innenrat zur Zukunft des Blumenthal-Geländes.

Wir wollen echte Mitgestaltung statt weitere Leuchtturmprojekte unter Oberbürgermeister Frank Dudda.

Bürger*innenbegehren und Bürger*inneninitiativen

Ein wichtiges Instrument der aktiven Beteiligung der Einwohner*innen sind Bürger*innenbegehren. Die Hürden dafür sind jedoch hoch, weshalb sie häufig nur selten von engagierten Menschen initiiert werden. In jüngerer Vergangenheit gab es jedoch 2 erfolgreiche Bürger*innenbegehren gegen den Abriss des Hallenbades Eickel. Dabei wurden insgesamt fast 18.000 Unterschriften gesammelt - mehr als die CDU bei der letzten Bundestagswahl in Herne an Zweitstimmen erhalten hat.

Trotz eines als ergebnisoffen erklärten Prozesses, in dem auf Augenhöhe mit der Bürger*inneninitiative (BI) zusammengearbeitet werden sollte, haben CDU und SPD einen Antrag auf Abriss des Hallenbades und Neubau eingebracht. Das nun eingereichte dritte Bürgerbegehren zur Rücknahme des Ratsbeschlusses werden wir aktiv unterstützen.

Den bisherigen Umgang von Verwaltung und Politik mit der BI Hallenbad halten wir für skandalös. Wir fordern, dass die BI Hallenbad genauso ernst genommen wird, wie alle anderen Bürger*inneninitiativen und dass gemeinsam an Lösungen gearbeitet wird.

Die Stadt Herne sollte nicht gegen, sondern mit Bürger*inneninitiativen zusammenarbeiten.

Integrationsrat politisieren

In den vergangenen Jahren wurde der Integrationsrat von der Herner Stadtverwaltung häufig stiefmütterlich behandelt und war in der Öffentlichkeit kaum präsent.

Sitzungsunterlagen wurden den Mitgliedern zum Teil erst kurzfristig oder gar nicht zur Verfügung gestellt. Eine respektvolle und effektive Zusammenarbeit sieht anders aus.

Wir fordern von der Verwaltung, den Integrationsrat endlich ernst zu nehmen und stärker in politische Entscheidungsprozesse der Herner Stadtpolitik einzubinden.

Auch wir möchten unseren Beitrag dazu leisten, den Integrationsrat zu einem lebendigen, politischen Gremium zu machen, das Gehör findet. Deshalb treten wir zur nächsten Wahl des Integrationsrats an. In den kommenden fünf Jahren wollen wir hier Impulse setzen: sowohl mit Blick auf konkrete Herausforderungen im Alltag, etwa die mangelnde Terminverfügbarkeit beim Ausländeramt, als auch bei übergeordneten politischen Fragen, die für Menschen mit Migrationshintergrund in Herne wichtig sind.

Dazu gehören beispielsweise Stellungnahmen zu rassistisch motivierten Verschärfungen des deutschen Asylrechts oder eine Resolution für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Der Integrationsrat darf kein Alibigremium sein, er muss ein **aktives Forum für politische Teilhabe und Interessenvertretung** werden.

Antifaschismus fängt in der Kommune an

Der Kampf gegen faschistische Strukturen in den Parlamenten und auf der Straße gehört zur DNA unserer linken Partei. In der konkreten parlamentarischen Arbeit bedeutet dies vor allem: Keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD und anderen Faschisten.

Wir bekennen uns zum Herner Versprechen, bei dem alle demokratischen Parteien im Herner Stadtrat zugesichert haben: Keine Kooperation mit Rechtsradikalen wie der AfD, keine stillen Absprachen, keine faulen Deals! Parteien, die mit der Kommunalwahl 2026 neu in den Rat der Stadt kommen, sind aufgefordert, sich ausdrücklich dem Herner Versprechen anzuschließen.

Wir fordern insbesondere die CDU dazu auf, sich tatsächlich an dieses Versprechen zu halten! Einen historischen Dammbruch, wie im Januar 2025, als Friedrich Merz im Bundestag auf die Stimmen der AfD gesetzt hat, darf es in Herne nicht geben! Stattdessen reichen wir allen anderen demokratischen Parteien in unserer Stadt die Hand, um uns gemeinsam für ein Verbot der AfD einzusetzen.

Antifaschismus darf aber nicht allein auf die Parlamente beschränkt sein: Demonstrationen, Aufklärungskampagnen, Antirassismus im Sport-, sowie in Kulturbetrieb und letztendlich das Engagement jedes einzelnen sind entscheidend dafür, dass sich Hass und rechte Hetze in unserer Stadt nicht weiter ausbreiten. Insbesondere möchten wir uns bei allen Vereinen und Initiativen bedanken, die wertvolle Arbeit gegen Rechts in Herne leisten, wie zum Beispiel dem Bündnis Herne, dem Förderkreis Mahn- und Gedenkstätte Polizeigefängnis Herne e. V., dem KAZ und den Schirmen gegen Rechts! **Die Linke** unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen faschistische Impulse und Strukturen engagieren.

3. Soziale Stadt – das gute Leben für alle.

Die Linke ist die Partei des konsequenten ökologischen Umbaus und die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit ist

- zum einem, dass allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe, soziale Anerkennung und Beteiligung am sozialen, kulturellen und ökonomischen Leben garantiert wird,
- und zum anderen, dass Einzelne vor Notlagen geschützt und vor einem Leben unterhalb eines Mindestlebensstandards abgesichert werden.

Klar ist: Die soziale Ungleichheit wächst und die Verteilung von Einkommen und Vermögen driftet immer mehr auseinander. Durch die Corona Pandemie wurden bestehende Ungleichheiten weiter verschärft, dieser Vorgang fand in den darauffolgenden Jahren jedoch wenig, bis gar keine Aufmerksamkeit.

Menschen, die arbeitslos oder auf Unterstützung angewiesen sind, brauchen keine Diskriminierung und keine pauschalen Unterstellungen von Faulheit oder Unwillen. Was sie brauchen, ist eine verlässliche materielle und soziale Absicherung, die es möglich macht, ein würdevolles Leben zu leben und nach eigenen Möglichkeiten wieder zu stabilen Lebensumständen und Arbeit zu finden.

Auch das ist ein aktiver Beitrag gegen Rechts. Wer sich wertgeschätzt und respektiert fühlt, muss nicht mit den braunen Rattenfängern liebäugeln.

Armut in Herne: Ein strukturelles Problem.

Mehr als jede vierte Person in Herne ist armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Frauen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen, Personen mit geringer Qualifikation, viele mit Migrationsgeschichte - und zunehmend auch Selbstständige und Senior*innen.

Armut bedeutet nicht nur wenig Geld. Oft geht sie einher mit schlechter Gesundheit, höherem Sucht- und Erkrankungsrisiko, sozialer Ausgrenzung und mangelnder Teilhabe. Wer arm ist, hat deutlich schlechtere Chancen auf ein gesundes, selbstbestimmtes Leben.

Das Ergebnis ist spürbar: Ungleiche Lebensverhältnisse auch mitten in Herne: Von der Bildung über das Wohnen bis zur Gesundheitsversorgung.

Die Linke setzt sich konsequent dafür ein, die ungleichen Lebensverhältnisse in Herne anzugleichen: Nicht durch teure Prestigeprojekte, sondern durch eine soziale Stadtentwicklung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert.

Stattdessen erleben wir seit Jahren eine Politik, die sich auf Leuchtturmprojekte wie die »International Technology Ruhr« Herne samt Seilbahn konzentriert und sich beim Wohnungsbau überproportional auf Ein- oder Zweifamilienhäuser und sogenannten »Wohnangeboten gehobenen Standards« fokussiert.

Das mittelfristige Ziel der SPD, damit gutverdienende Menschen nach Herne zu locken, halten wir für zutiefst unsolidarisch! Es ignoriert nicht nur die Bedürfnisse der Menschen, die bereits hier leben oder die ohne solche Angebote zuziehen. Es sendet auch eine fatale Botschaft: Wer wenig verdient, ist hier offenbar nicht erwünscht.

Die Konsequenz: Eine Stadt, die für wenige »schön« gemacht wird, während das Leben für viele andere zunehmend unbezahlbar wird.

Wir fordern stattdessen: Eine **kommunale, gemeinnützige Wohnungsgesellschaft**, die bezahlbaren Wohnraum schafft, Sozialwohnungen baut und sich auch um Problemimmobilien kümmert.

Das wäre ein echter Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit in Herne.

Alle Menschen verdienen den gleichen Respekt und die gleiche Anerkennung

Unsere Politik, linke Politik, richtet sich an den hier lebenden Menschen und ihren Bedürfnissen aus.

Die Linke kämpft für eine Stadt, in der alle die gleichen Chancen auf Teilhabe, Bildung, Wohnung, Gesundheit und ein gutes Leben haben. **Eine Stadt für alle.** Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse für alle - ob Kind oder Jugendlicher, ob Arbeitnehmerin oder Selbstständige, ob Studentin oder Seniorin. Ob erwerbslos, geflüchtet oder zugezogene EU-Ausländer*in, LGBTIAQ oder Geringverdiener*in. Alle gehören dazu.

Uns ist bewusst: Herne allein kann nicht alle Probleme lösen, die mit Armut, Diskriminierung und Chancenungleichheit verbunden sind. Aber dort, wo sie handeln kann, **muss** sie es auch tun – **mutig, gerecht und solidarisch**.

Bezahlkarte für Geflüchtete? Nicht mit uns!

Ein aktuelles Beispiel für diskriminierende Politik gegenüber Geflüchteten ist die Einführung der sogenannten Bezahlkarte, die wir entschieden abgelehnt haben und weiterhin ablehnen. Und sie muss nicht eingeführt werden. Herne hätte sich, wie andere Städte, bewusst dagegen entscheiden können. Doch der Rat der Stadt Herne hat mehrheitlich gegen unseren Antrag gestimmt, von der eingeräumten Nichteinführungsmöglichkeit Gebrauch zu machen.

Die Bezahlkarte ist ein Symbol der Ausgrenzung. Sie verhindert selbstbestimmte Teilhabe, erschwert die Integration und stellt Geflüchtete unter Generalverdacht.

Statt Freiheit und Würde bringt sie bürokratische Gängelung und nützt am Ende nur einzelnen großen Handelsketten. Preiswerte Einkäufe in Second-Hand-Läden, auf Flohmärkten oder online sind damit nicht möglich. Und das, obwohl das Budget ohnehin schon kaum zum Leben reicht.

Auch die Verwaltungskosten sind nicht unerheblich, auch ein Grund, warum sich andere Städte auf Initiative der örtlichen Verwaltungen gemeinsam mit fortschrittlichen Kräften gegen die Bezahlkarte ausgesprochen haben.

Die Realität sieht anders aus als rechte Narrative glauben machen wollen: Es gibt keine seriösen Belege für den angeblich massenhaften Abfluss von Sozialleistungen ins Ausland. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz lassen dies schlicht nicht zu.

Fachleute aus der Praxis, Organisationen und Einrichtungen der Geflüchtetenhilfe und Wissenschaft warnen: Die Bezahlkarte behindert Integration, stigmatisiert und demotiviert.

Unser Bestreben:

- Die Abschaffung der Bezahlkarte in Herne
- Eine vollständige Offenlegung der Verwaltungskosten durch die Stadtverwaltung
- Prüfung, welche Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen möglich ist, um diese Gängelung abzufedern.

Asyl ist ein Menschenrecht! Integration beginnt mit Vertrauen, nicht mit Kontrolle.

Dafür stehen wir. Dafür kämpfen wir weiter!

Zugezogene nach Europäischer Arbeitnehmerfreizügigkeit - Integration statt Diffamierung

Wir stellen uns entschieden gegen wachsende Diffamierung von Zugezogenen nach der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeitsregelung. Wer den Europäischen Freizügigkeitsgedanken nicht nur für Arbeitgeber*innen ernst nimmt, setzt sich konsequent für die Aufnahme und Integration von Menschen aus EU-Ländern ein.

Sprachliche Hürden oder kulturelle Unterschiede dürfen keine Ausgrenzung begründen.

Im Gegenteil: Diese Herausforderungen brauchen aktive Unterstützungsangebote und den Ausbau von Vermittlungsangeboten und Mittler*innen, die helfen, das Zusammenleben in unserer Stadt vielfältig und solidarisch zu gestalten.

Die demografische Entwicklung in Herne zeigt deutlich: Nur durch gelungene Integration dieser Zugezogenen können wir Herne als lebenswerte Stadt erhalten und weiterentwickeln. Integration ist eine Chance für alle - für die Zugezogenen ebenso wie für die bestehende Stadtgesellschaft.

Bürger*innengeld und Mindestlohn

Die flächendeckende Ausbreitung von Leiharbeit und Werkverträgen widerspricht dem Grundsatz »Gleiche Arbeit - Gleicher Lohn« und trifft viele Menschen in Herne hart.

Was wir nach mehr als über 20 Jahren Kommunalpolitik jedoch gelernt haben: Weder die Mehrheitspolitiker*innen von SPD und CDU noch die Verwaltung haben bisher alle kommunalen Möglichkeiten ausgeschöpft, um den negativen Folgen der Bundes- und Landesregelungen effektiv entgegenzuwirken.

Gibt es in Herne etwa eine unabhängige Schiedsstelle beim Jobcenter? Einen Sozialpass? Ausreichend Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren? Einen Energiehilfefonds?

Nein! Stattdessen erleben viele Herner*innen Strom- und Gassperren, eine hohe Arbeitslosenquote vor allem bei Alleinerziehenden und eine überdurchschnittlich ansteigende Sanktionspraxis beim Jobcenter Herne.

Ein entscheidender Schritt für gleichwertige Lebensverhältnisse ist es, die bestehenden Ungleichheiten konsequent anzugleichen.

Das gelingt nicht von heute auf morgen und auch nicht mit ein oder zwei Einzelprojekten.

Wir brauchen kommunale Maßnahmen, die von individueller Förderung und Unterstützung über Beratungs-, Weiterbildungs- Hilfs- und Freizeitangeboten bis hin zu Verbesserungen im Wohnumfeld reichen.

Dafür brauchen wir Mut und Einsatz, um allen Menschen in Herne ein gutes und würdevolles Leben zu ermöglichen.

Die Linke fordert: Stärkung der örtlichen Infrastruktur durch eine integrierte Planungspolitik!

Das bedeutet: Einen Armuts- und Reichtumsbericht sowie ein kleinräumiges Gesundheitsmonitoring, die genau aufzeigen, wie die Lebensbedingungen in den Stadtteilen sind und wo Politik und Verwaltung handeln müssen. Vieles davon liegt bereits vor, jetzt muss die Politik diese Erkenntnisse konsequent in Planungs-, Sozial- und Klimapolitik einfließen lassen.

Mit dem »Integrierten Kleinräumigen Monitoring« und weiteren Analysen gibt es seit 2022 das nötige Wissen und die Werkzeuge, um die Stadtentwicklung konsequent an der Lebensqualität aller Einwohner*innen auszurichten. Leider wird dies bisher kaum umgesetzt. Das Primat des wirtschaftlichen Wachstums verhindert eine qualitätsvolle und nachhaltige Konsolidierung.

Durch eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau-, Beschäftigungs-, Sozial- und Quartierspolitik sollen gute Lebensbedingungen geschaffen und gestärkt werden.

Das städtebauliche Transformationskonzept hat sich in drei Workshops mit Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik intensiv damit auseinandergesetzt.

Wir fordern: Diese Impulse müssen umgesetzt werden, statt in städtischen Verwaltungs-Kanälen zu versickern oder von der investorfreundlichen Planungspolitik blockiert zu werden!

Dazu gehört auch, der Kultur ihren wichtigen Platz zu sichern. Seit Jahren kämpft beispielsweise das KAZ - das Kultur alternative Zentrum - für angemessene Räumlichkeiten, um ihr Konzept bürger*innennaher Kulturgestaltung umzusetzen. Die bisherigen Angebote der Stadt waren eher suboptimal: wenig Spielräume für innovative Ideen, Einschränkungen durch Lärmschutz und Personalaufwand.

Wir brauchen ein generationenübergreifendes, autonomes Kulturzentrum, das allen Menschen in Herne zugutekommt. In diesem selbstbestimmten Raum könnten Einwohner*innenbeteiligung, Demokratieförderung und kulturelle Vielfalt ihren kreativen Platz finden.

Das sollte es uns wert sein!

Wir kämpfen für: Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge – besonders für die Menschen in unserer Stadt, die unter besonderen Belastungen leiden!

Das bedeutet:

- **Jährliche finanzielle Anpassung** der Förderung für Hilfs- und Beratungsangebote, etwa für Erwerbslose, Senior*innen, Frauen, LGBTQIA, Alleinerziehende, Geflüchtete, Obdachlose und Straffällige - mindestens im Umfang der gestiegenen Personalkosten.

- **Kommunalisierung der Gesundheitsversorgung.** Das örtliche Monopol kirchlicher Träger im Bereich der Krankenhäuser führt zu Versorgungsengpässen, wie dem Umstand, dass in Herne kein Klinikum Schwangerschaftsabbrüche durchführt - das ist untragbar und muss dringend geändert werden.

- **Bessere Informationen über städtische und soziale Angebote,** digital und analog, sowie konkrete Unterstützung, um sich im Behörden-Dschungel zurechtzufinden.

- **Mehr Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen und Quartieren:** Hilfe soll direkt vor Ort, aus einer Hand und passgenau für die Bedürfnisse der Menschen angeboten werden.

- **Verstärkte Zusammenarbeit der Ämter** in der Stadtverwaltung, damit Projekte und Maßnahmen, vor allem in den Stadtteilen, schneller und effizienter umgesetzt werden.

- **Kampf für ein autonom verwaltetes kulturelles Mehrgenerationen-Zentrum,** das allen Menschen in Herne offensteht.

- **Weitere Förderung der Verbraucherschutzzentrale** in Herne und Wanne-Eickel.

Für eine starke lokale Ökonomie, faire Arbeitsbedingungen und lebendige Kultur in Herne

Das bedeutet für uns, dass kostengünstige **Räume für Kunst- und Kulturschaffende** in den Stadtteilen und Quartieren geschaffen werden müssen, damit kreative Menschen ihre Ideen und Projekte verwirklichen können. Wir setzen uns außerdem für ein kommunales Programm ein, das die **Förderung der Stadtteilwirtschaft und von Genossenschaften** vorantreibt. Dabei soll die Entwicklung und Umsetzung konkreter Konzepte zur lokalen Ökonomie im Mittelpunkt stehen, um die wirtschaftliche Basis vor Ort zu stärken.

Darüber hinaus erwarten wir, dass die **Stadt Herne und ihre Tochtergesellschaften als Vorbilder** fungieren, indem sie soziale Standards, Gesundheitsschutz sowie gute und gerechte Arbeitsbedingungen gewährleisten und vorleben.

Die Linke will: Erwerbslose, ökonomisch Benachteiligte und Menschen mit besonderen Belastungen aus Diskriminierung und Isolation holen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Menschen wieder Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten und aktiv unterstützt werden.

Konkret bedeutet das: Wir wollen ein kommunales Beschäftigungsförderungsprogramm initiieren, das Menschen in Beschäftigung bringt und ihnen neue Perspektiven eröffnet. Gleichzeitig fordern wir einen weiteren Bürokratieabbau im Jobcenter und die vollständige Abschaffung von Sanktionen, die oft zu existenzbedrohenden Situationen führen.

Über den Beirat und die Trägerversammlung des Jobcenters sollen Eingliederungsmaßnahmen so gestaltet werden, dass Sanktionen niemals das Existenzminimum unterschreiten. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit Einkommen unterhalb des Pfändungsfreibetrags, der ihnen kostenlosen oder ermäßigten Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken oder Theatern ermöglicht.

Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Schiedsstelle beim Jobcenter Herne, um faire und transparente Entscheidungen zu gewährleisten.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt und die Unterstützung der unabhängigen Erwerbslosenberatungsstellen und des Arbeitslosenzentrums (ALZ) ein. Es ist uns ein Anliegen, die Förderung dieser wichtigen Arbeitsschwerpunkte über 2025 hinaus bei der Landesregierung einzufordern.

Ein weiterer Fokus liegt auf der Weiterentwicklung wirksamer Fördermaßnahmen zur Eingliederung und Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen. Die Unterstützung bei der Arbeitssuche muss als kommunale Aufgabe ernst genommen werden.

Besonders wichtig ist uns die Förderung von Inklusionsbetrieben. Aktuell gibt es in Herne keinen einzigen, da die finanziellen Hürden zu hoch sind. Wir möchten reguläre Arbeitsplätze in normalen Unternehmen schaffen, statt Menschen mit Behinderung ausschließlich in beschützenden Werkstätten zu beschäftigen. Dabei müssen die Stadtverwaltung und städtische Betriebe mit gutem Beispiel vorangehen.

Für alle Arbeitsplätze, auch in beschützenden Werkstätten, fordern wir eine tarifvertragliche Regelung mit Mindestlohn als unterster Grenze – Almosen sind keine Lösung.

Verkürzten oder vereinfachten Ausbildungen für mental beeinträchtigte Personen stehen wir offen gegenüber, solange auch hier eine angemessene, tarifliche Bezahlung gewährleistet ist.

Die Linke will: Eine ambitionierte Kinder- und Jugendpolitik, die sich für ein chancengerechtes Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen einsetzt!

Das bedeutet:

- Kitaplätze für jedes Kind gemäß dem bestehenden Rechtsanspruch sicherstellen und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen verbessern, beispielsweise durch höhere Personalschlüssel.

- Einführung eines kostenlosen und gesunden Mittagessens in Schulen und Kitas, damit kein Kind hungrig bleiben muss.

- Ausreichend viele Unterbringungsmöglichkeiten für schutzbedürftige Kinder und Jugendliche schaffen sowie die Einrichtung einer Notschlafstelle für Minderjährige.

- Den Ausbau präventiver Angebote für Kinder und Jugendliche, wie Drogenberatung und Streetwork, weiter vorantreiben.

- Kinder und Jugendliche aktiv an Entscheidungen beteiligen, die sie betreffen, und Jugendzentren als besondere Orte der Partizipation fördern.

- Mehr attraktive und inklusive Spielplätze sowie freie Flächen zum Bauen und Gestalten schaffen. Schulhöfe sollen geöffnet werden, um bewegungsorientierte Angebote mit Trendsportarten wie Skaten, BMX, Parkour, Klettern oder Fitness zu ermöglichen.

- Kostenlose Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ausbauen.

- Für deutlich mehr Treffpunkte im öffentlichen Raum sorgen, die jugendgerecht ausgestattet sind.

- Das Ziel einer kinder- und jugendfreundlichen Kommune in der Hauptsatzung der Stadt Herne verankern.

Gute Bildung für alle!

Der gemeinsame Besuch von Kindergarten und Schule – unabhängig von Bildungsnähe oder -ferne der Familie, die oft mit den wirtschaftlichen Bedingungen zusammenhängt, sowie ohne Gliederung nach schulischen Leistungen – ist die Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der Teilhabe von Anfang an für alle möglich ist.

Das gegliederte Schulsystem in Deutschland verstärkt durch seine Struktur die gesellschaftliche Spaltung. Auch wenn grundsätzliche Entscheidungen dazu Ländersache sind, kann die Stadt Herne den vorhandenen Spielraum nutzen, um Schulformen zu bevorzugen, die inklusiv arbeiten.

Hernes Schulen platzen aus allen Nähten, besonders im Bereich der weiterführenden Schulen. Zusätzliche Kapazitäten werden dringend benötigt, Container sind jedoch keine dauerhafte Lösung.

Das bedeutet:

- Vorrangig die Forderung nach einer weiteren Gesamtschule.

- Einsatz für eine bedarfsgerechte und behindertengerechte Sanierung bestehender Schulen sowie Sicherung von Grundstücksflächen für den Schulbau.

- Unterstützung von Maßnahmen und Projekten gegen Schulmüdigkeit und Mobbing.

- Stärkere sprachliche Förderung zugewanderter Kinder und Jugendlicher – auch durch konsequente Einbeziehung der Eltern und intensive Zusammenarbeit mit dem kommunalen Integrationszentrum.

- Ausbau der sprachlichen Förderung für alle Kinder und Jugendlichen, die sie benötigen.

- Einführung einer zeitgemäßen digitalen Ausstattung aller Schulen inklusive Support durch Spezialist*innen, damit alle Schülerinnen personalisierte, mobile Geräte erhalten und jederzeit – auch zuhause – lernen können.

- Ermöglichung eines größeren, eigenständig verwalteten Budgets für Schulen, um mehr Spielraum bei Anschaffungen zu haben.

- Unterstützung der Schulen dabei, sich zu lebendigen Lernorten zu entwickeln – mit mehr Grünflächen, Schulhöfen mit Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten, ausreichend Fahrradabstellplätzen sowie kostenlosem, gesundem und ökologischem Schulessen.

- Förderung der Einrichtung von Klimaschulen.

- Unterstützung der bundesweiten Initiative »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« für Herner Schulen.

Die Teilhabe aller in der Stadtgesellschaft

Alter, Migrationsgeschichte, Behinderung, Geschlechtsidentität oder Armut dürfen kein Hindernis für die aktive Teilhabe an Gemeinschaft und Gesellschaft sein. Das bedeutet für uns:

Mitwirkung und Inklusion stärken:

- Ausbau der Anhörungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Organisationen und Vertretungen von Menschen mit Behinderungen.

- Einrichtung ämterübergreifender Inklusionsteams in der Verwaltung mit gut qualifiziertem Personal.

Ausbau von Barrierefreiheit:

- Durchgängige Barrierefreiheit in Stadtteilen und Quartieren – z. B. durch ausreichende Gehwegbreiten, instandgehaltene Wege, barrierefreie Überquerungen und gute Erreichbarkeit des ÖPNV.

- Ausbau des städtischen Behindertenfahrdienstes, auch für Fahrten von Rollator-Nutzer*innen.

Inklusives und generationengerechtes Wohnen fördern:

- Schaffung von mehr barrierefreiem und generationengemischtem Wohnraum, damit ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und auch Familien mit Kinderwagen in ihrem Viertel bleiben können.
- Förderung inklusiver Wohnraumgestaltung von Anfang an – auch als nachhaltige Maßnahme zur Vermeidung teurer Umbaumaßnahmen im Nachhinein.
- Vorrang für den bedarfsgerechten Neubau, Umbau und Ausbau von Sozialwohnungen – die derzeit angestrebten 25 % reichen nicht aus.
- Unterstützung von Senior*innen-WGs, inklusiven Wohnprojekten und Mehrgenerationenhäusern.
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Wohnungs- oder Haustausch, um den unterschiedlichen Wohnbedürfnissen von Familien, Paaren und Alleinlebenden gerecht zu werden.
- Mehr generationenübergreifende Treffpunkte und Plätze im öffentlichen Raum schaffen, die zum Austausch einladen.
- Problemvermieter*innen, die ihre Immobilien verkommen lassen und auf Kosten der Mieter*innen Gewinne machen, müssen konsequent und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Rechenschaft gezogen werden.

Einsamkeit bekämpfen – gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Einsamkeit kann jeden treffen – doch besonders gefährdet sind Seniorinnen, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende, pflegende Angehörige, Erwerbslose, Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung und Menschen in Armut. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass auch gesellschaftliche Krisen allgemein das Gefühl der Einsamkeit verstärken können.

Einsamkeit hat weitreichende Folgen:

- **Psychisch:** Sie erhöht das Risiko für Depressionen, Ängste und Suizidalität.
- **Körperlich:** Sie fördert Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlafstörungen und steigert die Sterblichkeit.
- **Sozial:** Einsamkeit und Krankheit bedingen sich oft gegenseitig – insbesondere bei Menschen mit Behinderung.
- **Politisch:** Einsame Menschen haben oft weniger Vertrauen in andere, in demokratische Institutionen, neigen eher zu Verschwörungsmythen, höherer Gewaltakzeptanz und sind anfälliger für demokratiefeindliche Haltungen.

Deshalb wollen wir Einsamkeit in Herne aktiv bekämpfen.

Wir setzen uns ein für:

- Die Schaffung inklusiver, demokratischer **Begegnungsorte**, in denen Austausch auf Augenhöhe möglich ist.
- **Gemeinschaftsfördernde Wohnformen**, z. B. Mehrgenerationenhäuser und gemeinschaftlich organisierte Wohnprojekte.
- Mehr **Sitzgelegenheiten** im öffentlichen Raum, um Begegnung und Aufenthalt zu erleichtern.
- **Attraktive, lebendige Nachbarschaften**, die zur Kommunikation und zum Verweilen einladen.
- Die **Förderung des Ehrenamts** als Schlüssel zur Teilhabe und zum sozialen Miteinander.

Gesundheit

Mit der Coronapandemie ist deutlich geworden, dass unser von Wirtschaftlichkeit geprägtes und über Fallzahlen berechnetes Gesundheitssystem weit entfernt ist von dem, was uns in der Vergangenheit als sichere Versorgung verkauft wurde. Trotz wiederkehrender Wahlversprechen ist es seit Jahrzehnten nicht gelungen, das klassenorientierte Kranken- und Pflegekassensystem zu erweitern und finanziell zu sichern. Besonders Kinder und Alte sind gesundheitlich inzwischen deutlich unterversorgt und das spüren wir in den Kommunen durch Insolvenzen im Altenpflegebereich und die in NRW angeordneten Schließungen von Kliniken der Grundversorgung ganz besonders. Die grundsätzlich gute Krankenhausversorgung in Herne droht dadurch drastisch an Qualität in der Grundversorgung zu verlieren.

Unser Gesundheitssystem kollabiert und braucht weit mehr als punktuelle Reformen:

- Überlastete Arztpraxen, überfordertes Pflegepersonal, monatelange Wartezeiten auf

Facharzttermine und steigende Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung erfordern dringende Maßnahmen.

- Schwangere, die in NRW mit großer Sorge den zunehmend weiten Weg zur Entbindung fürchten und Eltern, die verzweifelt einen Platz in einer Kinderklinik für ihr schwer erkranktes Kind suchen, zeigen die sich weiter zuspitzende Lage der Gesundheitsversorgung.

Die aktuellen Reformen sind unzureichend und verschärfen die Probleme vielerorts sogar.

Besonders die immer deutlicher werdende Krise der seelischen Gesundheit unserer Heranwachsenden braucht eine adäquate Antwort im Gesundheitswesen: Verlässliche Angebote, niedrigschwellige Anlaufstellen und dauerhaft abgesicherte Versorgungsstrukturen.

Die Linke sagt klar: Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und muss auch so organisiert sein.

Wirtschaftlicher Wettbewerb steht im Widerspruch zu guter Versorgung. Wir setzen uns für ein Gesundheitssystem ein, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt, mit einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen und von der alle profitieren.

Für eine gesunde Stadt wollen wir:

- eine bedarfsorientierte, wohnortnahe und präventive Gesundheitsversorgung für alle
- dass Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Hand bleiben oder wieder in diese überführt werden
- kommunalpolitisches Handeln stärken, um gezielte Gesundheitsbildung und -förderung vor Ort voranzubringen – besonders in Kitas und Schulen
- regionale Gesundheitskonferenzen etablieren, um gemeinsam mit Fachleuten, Betroffenen und Einrichtungen die Bedarfe zu ermitteln und Angebote zu planen
- kommunale Gesundheitszentren schaffen – mit medizinischem Personal, das bei der Kommune angestellt ist
- die Ausstattung öffentlicher Plätze mit Defibrillatoren prüfen und – angesichts einer alternden Bevölkerung – gezielt ausbauen

Gesundheit fördern durch Armutsbekämpfung

Armut macht krank – deshalb ist Armutsbekämpfung auch die wirksamste Gesundheitsprävention. In kommunalen Jobcentern muss die Gesundheit von armutsbetroffenen Menschen in den Fokus rücken. Wir fordern eine Haltung der Ermutigung und Unterstützung statt Sanktionen und Druck.

Zugang zu Schwangerschaftsberatung und -abbrüchen sichern

Ungewollt Schwangere haben ein Recht auf ergebnisoffene Beratung und einen sicheren Schwangerschaftsabbruch. Dafür braucht es in Herne Beratungsstellen von nicht konfessionell gebundenen Trägern. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass sich Gynäkolog*innen in Herne niederlassen, die Schwangerschaftsabbrüche nach dem aktuellen Stand der Medizin durchführen.

Nicht zuletzt setzen wir uns zur Prävention für die Finanzierung von Verhütungsmitteln für Menschen ein, die sich diese nicht leisten können, um gesundheitliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden.

Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik

Die Linke Herne Wanne-Eickel setzt sich für einen Umgang mit Drogenkonsum ein, der auf Gesundheitsförderung und sozialer Unterstützung statt auf Strafverfolgung basiert. Menschen mit Suchterkrankungen brauchen Hilfe, keine Kriminalisierung.

Suchtprävention muss vor Ort stattfinden – in Schulen, im öffentlichen Raum und in der sozialen Arbeit. Dazu gehört auch, den gesellschaftlichen Umgang mit Alkohol kritisch zu hinterfragen.

Was wir fordern:

- den Ausbau und die gesicherte Finanzierung ambulanter Suchthilfe als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge
- mehr Stellen in der Suchthilfe – gerade in einer Stadt wie Herne, in der Armut, Perspektivlosigkeit und psychische Belastungen oft zusammenkommen
- einen Drogenkonsumraum in Herne, um gesundheitlichen Risiken wie Infektionen und Überdosierungen vorzubeugen

- die bessere finanzielle Ausstattung und personelle Aufstockung des Café 22 als wichtiger Anlaufstelle für suchtkranke Menschen

Wir begrüßen die von der Ampel-Koalition eingeleitete Teillegalisierung von Cannabis.

Doch wir wollen weiter gehen: Es braucht eine gesetzliche Regelung für den kontrollierten Erwerb von Cannabis in Fachgeschäften.

Herne kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen – durch ein kommunales Modellprojekt für eine regulierte Abgabe.

Sport und Ehrenamt

Die Linke Herne/Wanne-Eickel setzt sich für eine gerechte, inklusive und solidarische Sport- und Ehrenamtslandschaft ein. Unser Ziel ist es, die Menschen in unserer Stadt zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen.

Ehrenamt fördern und wertschätzen

Ehrenamtliches Engagement ist unverzichtbar für das gesellschaftliche Leben – es verdient Anerkennung und konkrete Unterstützung. Wir wollen Anreize schaffen, etwa durch:

- steuerliche Entlastungen wie eine Kilometerpauschale
- kostenfreien oder ermäßigten Eintritt in Schwimmbäder und bei städtischen Veranstaltungen

So wird ehrenamtliches Engagement sichtbarer, attraktiver und gerechter entlohnt – auch für Menschen mit wenig Geld.

Sport als verbindendes Element

Sport verbindet Menschen über Generationen, Milieus und Herkunft hinweg. Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Ausbau und die Sanierung von Sportstätten, insbesondere Hallen, Plätzen und Schwimmbädern
- die Generalsanierung des Hallenbads Eickel – sie ist kostengünstiger, schneller umsetzbar und klimaschonender als ein Neubau
- zusätzliche Schwimmflächen, um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden
- die Garantie, dass alle Schüler*innen bis zum Ende der Grundschule sicher schwimmen lernen können

Inklusion, Teilhabe und Schutzräume schaffen

Wir möchten Sportangebote fördern, die gezielt auf die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen eingehen – z. B. muslimische Frauen, queere Menschen oder Menschen mit Behinderungen. Auch generationenübergreifende Projekte wollen wir stärken.

Eine inklusive Sportförderung liegt uns besonders am Herzen. Unser Ziel ist es, Angebote zu schaffen, die speziell auf die Bedürfnisse von Menschen mit körperlichen und mentalen Einschränkungen ausgerichtet sind. Darüber hinaus möchten wir Programme fördern, die Mädchen, nicht-binäre und trans Personen einbeziehen und ihnen einen sicheren Raum bieten. Allen in Herne und Wanne-Eickel lebenden Menschen wollen wir einen kostengünstigen Zugang zu sportlichen Aktivitäten ermöglichen.

Zusammenarbeit mit Vereinen stärken – Teilhabe ermöglichen

Wir wollen die Zusammenarbeit mit lokalen Sportvereinen und -verbänden weiter ausbauen, um gemeinschaftsstärkende Projekte zu fördern. Dazu gehören niedrigschwellige Informations- und Unterstützungsangebote für Familien und gezielte Programme zur Förderung des Vereinssports für Kinder und Jugendliche.

Besonders wichtig ist uns: **Alle Kinder sollen ab dem Schuleintritt die Möglichkeit haben, Mitglied in einem Sportverein zu werden – unabhängig vom Einkommen der Familie.** Die Finanzierung solcher Mitgliedschaften ist grundsätzlich möglich, scheitert jedoch häufig an bürokratischen Hürden, fehlender Information oder mangelnder Unterstützung im Antragsverfahren. Wir setzen uns dafür ein, diese Hindernisse abzubauen und Teilhabe tatsächlich zu ermöglichen.

Unsere Vision für Herne

Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder Einkommen, Zugang zu sportlichen und ehrenamtlichen Angeboten haben. Sport und Engagement sind keine Privilegien, sondern Grundlage für ein solidarisches Miteiander.

4. Klimaschutz, Umweltschutz und alternative Verkehrspolitik

Klimaschutz ist Daseinsvorsorge

Umwelt und Natur sind wie nie zuvor bedroht und die Auswirkungen des Klimawandels sind längst auch in Herne spürbar. Extreme Hitzeperioden und Starkregenereignisse nehmen zu und können zur existenziellen Gefahr werden. Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind deshalb nicht mehr verhandelbar, sondern dringende Aufgaben kommunaler Politik.

Wir brauchen eine konsequente Neupriorisierung der Stadtplanung, die soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Verantwortung verbindet. Der CO_2-Ausstoß muss drastisch gesenkt, Grünflächen erhalten und ausgebaut, Frischluftschneisen geschaffen und die Luftqualität verbessert werden.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in Herne zur verbindlichen Querschnittsaufgabe wird: Insbesondere in den Bereichen Energie, Wohnen, Mobilität, Industrie und Stadtgrün.

Energie in öffentlicher Hand – für eine klimagerechte Zukunft

Die örtlichen Stromnetze und der kommunale Energieversorger gehören in öffentliche Hand. Eine Privatisierung der Stadtwer Industrie geht auch nachhaltig ke Herne (StwH) lehnen wir entschieden ab. Stattdessen sollen die Stadtwerke eine aktive Rolle in der Energiewende übernehmen: Sie müssen den Ausbau von Ökostromprojekten vorantreiben und bis spätestens 2030 vollständig auf regenerativ erzeugten Strom umstellen.

Die Stadt Herne ist Anteilseignerin von RWE – einem Konzern, der nach wie vor auf klimaschädliche Energiequellen setzt. Wir fordern: RWE muss in Gemeineigentum überführt oder die städtischen Anteile abgestoßen werden. Solange Dividenden aus diesen Aktien fließen, müssen sie konsequent in den lokalen Ausbau erneuerbarer Energien investiert werden.

Datteln IV – das letzte neue Steinkohlekraftwerk in Deutschland – ist ein Symbol rückwärtsgewandter Energiepolitik. Wir fordern die Stadt Herne auf, sich gegenüber UNIPER und FORTUM mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln für die Abschaltung von Datteln IV einzusetzen. Die Stadtwerke Herne sollen ihren Fernwärme-Bezugsvertrag mit dem Kraftwerk schnellstmöglich kündigen und stattdessen auf dezentrale, regenerative Wärmequellen wie Solarthermie oder moderne Speichertechnologien setzen. Diese können lokal erzeugte erneuerbare Energie in Form von Wärme verfügbar machen und in das bestehende Fernwärmenetz einspeisen.

Sonnenenergie für Herne – Solar-Offensive jetzt!

Alle geeigneten Dächer öffentlicher Gebäude sollen mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden – wo sinnvoll, auch die Fassaden. Die Stadt muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen und ihr Potenzial zur lokalen Energieerzeugung konsequent ausschöpfen.

Auch Privatpersonen, Vermieter*innen und Wohnungsgesellschaften wollen wir gezielt fördern: durch niedrigschwellige Beratungsangebote, vereinfachte Genehmigungsverfahren und konkrete Anreize zur Installation von Solaranlagen. Ziel ist es, die dezentrale Stromerzeugung zu stärken und die Abhängigkeit von fossilen Energien zu verringern.

Überschüssige Energie soll mithilfe innovativer Speichertechnologien erhalten bleiben – und so für Heizung, Warmwasser und Strom im Alltag nutzbar gemacht werden.

Wärme speichern, Klima schützen – Herne als Warmwasserbatterie!

Neue Formen der Energiespeicherung sind zentrale Aufgaben einer modernen kommunalen Klimapolitik. Die Stadt Herne muss dabei eine Vorreiterrolle übernehmen.

Im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung soll das Potenzial zur Nutzung industrieller Prozesswärme konsequent erschlossen werden – zur Versorgung von Haushalten, öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen mit Heizwärme und Warmwasser.

Ein erheblicher Teil des in Herne eingesetzten Erdgases wird bislang allein zur Wassererwärmung verbrannt – mit klimaschädlichen CO_2-Emissionen. Dabei gibt es längst Alternativen: In Zeiten starker Sonneneinstrahlung oder kräftigen Windes kann überschüssige regenerative Energie zur Wärmeerzeugung genutzt und effizient gespeichert werden.

Wir fordern Rat und Verwaltung der Stadt Herne auf, bis spätestens 2026 einen verbindlichen Plan vorzulegen, wie Herne zur kommunalen »Warmwasserbatterie« für erneuerbare Energien werden kann.

Ein innovatives Speichersystem für kommunale Wärmeversorgung kann nicht nur das Klima schützen, sondern sogar Einnahmen generieren – etwa durch den Verkauf von Regelenergie an Energieversorger. Die Heizung städtischer Schwimmbäder könnte so nicht länger Geld kosten, sondern zur Einnahmequelle werden.

Wasserstoff als Energiespeicher – Wasserstoff gezielt nutzen – nicht verschwenden

Wir begrüßen die Produktion von Wasserstoff auf dem Gelände der STEAG als wichtigen Beitrag zur Speicherung von überschüssigem Strom aus erneuerbaren Quellen.

Allerdings sind die Herstellung und Nutzung von Wasserstoff sehr energieintensiv – das ist physikalisch bedingt. Für das Heizen von Gebäuden oder den Antrieb von Autos mit Wasserstoff wird deutlich mehr Energie benötigt als bei effizienteren Alternativen wie Wärmepumpen oder Batterieelektrischen Fahrzeugen.

Deshalb fordern wir: Wasserstoff darf nicht zum pauschalen Ersatz für fossile Energien werden. Er muss dort eingesetzt werden, wo keine besseren Alternativen bestehen – insbesondere in der Industrie. Die klimaneutrale Stahlproduktion ist ein Beispiel dafür, wie Wasserstoff als Schlüsseltechnologie sinnvoll genutzt werden kann – gerade für das Ruhrgebiet.

Wasserstoff ist ein wertvoller Rohstoff. Wir setzen uns dafür ein, dass er gezielt, effizient und gemeinwohlorientiert eingesetzt wird – statt in ineffizienten Anwendungen verschwendet zu werden.

Schnellerer Ausbau der Lade-Infrastruktur für die E-Mobilität

Auch wenn wir den motorisierten Individualverkehr langfristig deutlich reduzieren wollen, wissen wir: Es wird immer Menschen geben, die auf ein Auto angewiesen sind – etwa aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen oder wegen schlechter Anbindung. Um sicherzustellen, dass diese Mobilität leise, emissionsfrei und zukunftsfähig ist, braucht Herne dringend eine deutlich bessere Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge.

Der aktuelle Zustand ist unzureichend: Im bundesweiten Vergleich hinkt Herne beim Ausbau von Ladesäulen deutlich hinterher. Ein flächendeckendes Netz an Ladepunkten mit bezahlbaren Preisen ist dringend notwendig.

Stadtwerke sollen Ladeinfrastruktur betreiben dürfen

Wir kritisieren, dass die EU-Gesetzgebung Stadtwerken den direkten Betrieb von Ladepunkten untersagt – Stichwort: Trennung von Netz und Vertrieb. Diese Regelung ist aus unserer Sicht eine Form der Privatisierung durch die Hintertür und verhindert die demokratische Kontrolle über wichtige Infrastruktur. Wir lehnen das entschieden ab. Ladeinfrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Hand!

Mobilitätswende – Für eine lebenswerte Stadt

Eine echte Mobilitätswende ist der Schlüssel zu mehr Lebensqualität in Herne. Städte wie Barcelona mit ihren autofreien »Superblocks«, Bologna oder Paris machen es vor. Auch in der Region zeigen Städte wie Bottrop, dass Verkehrsberuhigung, mutige Maßnahmen und Bürgerbeteiligung zu messbaren Erfolgen führen können – für Umwelt, Gesundheit und städtisches Zusammenleben.

Kirchturmpolitik verhindert Fortschritt

Viele zentrale Aufgaben des Klimaschutzes lassen sich nur in kommunaler Zusammenarbeit bewältigen. Doch stattdessen dominiert in weiten Teilen des Ruhrgebiets noch immer eine Kirchturmpolitik – insbesondere bei SPD- und CDU-Oberbürgermeister*innen. Dabei machen Umweltbelastungen, Lärm und Gesundheitsgefahren nicht an Stadtgrenzen halt. Herne muss sich stärker mit Nachbarstädten vernetzen und gemeinsam handeln.

Mobilitätswende beschlossen – aber nicht umgesetzt

Der Rat der Stadt Herne hat 2023 die Mobilitätswende als städteplanerisches Leitbild beschlossen. Dort heißt es:

»Durch weniger Kfz-Fahrten werden nicht nur die Treibhausgasemissionen gesenkt, sondern auch Luftverschmutzung, Lärm, Unfälle, Staus und Flächenverbrauch verringert.« (inherne.net, 14.09.2023)

Gleichzeitig erkennen Verwaltung und Politik an, dass Infrastrukturmaßnahmen eine lenkende Wirkung auf das Mobilitätsverhalten haben. Doch im Jahr 2025 stellen wir fest: **Wirksame Maßnahmen fehlen bislang.** Der Autoverkehr hat weiter zugenommen.

Was wir brauchen

Die Linke fordert eine konsequente, sozial gerechte Verkehrsplanung, die die bisherige Priorisierung des motorisierten Individualverkehrs überwindet. Statt Symbolpolitik fordern wir:

- Verbindliche Maßnahmen und Ziele für die Mobilitätswende
- Städte übergreifende Zusammenarbeit mit Nachbarstädten
- Vorrang für die schwächsten Verkehrsteilnehmenden

Verkehrsplanung vom Kopf auf die Füße stellen!

Die Planung muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren: Vom Zufußgehen, über Kinder und Menschen mit Behinderungen, zu Radverkehr, ÖPNV – und zuletzt dem motorisierten Individualverkehr.

Den Kfz-Verkehr bändigen – für mehr Lebensqualität in Herne

Wir setzen uns für eine konsequente Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt ein – zugunsten von Gesundheit, Sicherheit und städtischer Lebensqualität:

Tempo 30 flächendeckend einführen:Wo immer möglich, soll Tempo 30 gelten – für weniger Lärm, bessere Luft und mehr Sicherheit. (Siehe z. B. die Erfahrungen auf der Herner Straße – WAZ, 2025)

Einbahnstraßensysteme zur Verkehrsberuhigung: Um den Durchgangsverkehr drastisch zu reduzieren und Wohngebiete zu entlasten.

Öffentlichen Raum zurückgewinnen: Den neu gewonnenen Platz durch Verkehrsberuhigung nutzen für:

- Breitere Bürgersteige
- Sichere, abgetrennte Radwege
- Stadtbäume und Begrünung
- Rigolen zur Regenwasserversickerung

Quartiersgaragen statt Parken am Straßenrand: Durch gebündelte Parklösungen autofreie Zonen schaffen und die Innenstadt lebenswerter machen.

Carsharing nach Herne holen: Gemeinsam genutzte Autos reduzieren die Gesamtzahl der Fahrzeuge – besonders in dicht besiedelten Vierteln.

Ladeinfrastruktur gezielt ausbauen: Der Umstieg auf E-Mobilität gelingt nur mit einem engmaschigen, bezahlbaren Netz an Lademöglichkeiten. Die Preisgestaltung muss reguliert werden – das ist bundespolitisch zu lösen, aber kommunal klar zu fordern.

Lieferverkehr ökologisch umorganisieren: Einrichtung von Umpackstationen am Stadtrand, um den innerstädtischen Lieferverkehr mit Verbrennern schrittweise zu beenden.

Fuß- und Radverkehr stärken – Mobilität für alle ermöglichen

Eine nachhaltige Mobilitätswende gelingt nur, wenn sie die Bedürfnisse aller Menschen in den Mittelpunkt stellt – besonders die derjenigen, die zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Rollstuhl unterwegs sind. Dafür braucht es sichere, barrierefreie Wege, gut ausgebaute Infrastrukturen und mehr Platz für nicht-motorisierte Mobilität im öffentlichen Raum.

Barrierefreier Fußverkehr:

- Barrierefreie Gehwege und sichere Querungen in allen Stadtteilen schaffen – besonders für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

Radverkehr fördern:

- Aufbau eines **sicheren, lückenlosen und modernen Radwegenetzes** gemäß ADFC-Standards.

- Das zuständige Dezernat der Stadt Herne soll bis zum 1. Juni 2026 ein **Radwege-Kataster** mit Informationen zu Zustand, Sicherheit, Ausbauplänen und -möglichkeiten vorlegen.

- Fahrradverkehr muss bei allen Neubauten und Mobilitätskonzepten **Vorrang vor dem motorisierten Verkehr** erhalten.

- An Bahnhöfen sollen **Fahrradparkhäuser** entstehen – sicher, wettergeschützt und ausreichend dimensioniert.

E-Scooter sinnvoll integrieren:

- Das Angebot an klimafreundlichen E-Scootern soll gezielt ausgebaut werden.

- Die Stadt soll den Dialog mit Anbietern intensivieren, um gemeinsam Lösungen zur besseren Einbindung in den Verkehr und zur Konfliktvermeidung zu finden.

Besseren Nahverkehr für alle:

- Der öffentliche Nahverkehr muss enger getaktet werden (z. B. 7-Minuten-Takt in Stoßzeiten).

- Einsatz von Kleinbussen in Quartieren, um auch schlecht angebundene Bereiche zuverlässig zu versorgen.
  → **Mehr dazu im Abschnitt »ÖPNV«.**

Autobahnen: Belastung reduzieren, Schutz ausbauen

Herne ist besonders stark von Verkehrslärm und Luftverschmutzung betroffen – vor allem durch die beiden Autobahnen A42 und A43, die das Stadtgebiet durchschneiden. Der bereits laufende Ausbau der A43 und der geplante Ausbau der A42 verschärfen diese Situation weiter. Neben der Zunahme von Emissionen entsteht durch die zusätzlichen versiegelten Flächen auch eine höhere Hitzebelastung in den Sommermonaten. Besonders kritisch ist, dass durch die Ausbauprojekte vielerorts Grünstreifen vollständig verloren gehen und vorhandene Begrünung stark zurückgeschnitten wird.

Die Linke fordert daher deutlich wirksamere Lärmschutzmaßnahmen und eine gezielte, standortnahe Wiederaufforstung der verloren gegangenen Grünflächen. Diese Begrünungsmaßnahmen dienen nicht nur dem Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch der Gesundheit der Anwohner*innen – sie sind ein notwendiger Schutzschild gegen die zunehmenden Belastungen durch Verkehr und Klimaerhitzung.

ÖPNV: Vernetzt, bezahlbar und nachhaltig

Um den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) im Ruhrgebiet wirkungsvoll zu verbessern, muss die Kleinstaaterei der Kommunen überwunden werden. Eine städteübergreifende Planung und Taktung, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert, ist unverzichtbar.

Die Linke fordert deshalb, den ÖPNV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) unter einem einzigen, gemeinsamen Träger zu bündeln. Dadurch könnten kürzere Taktzeiten und harmonisierte Anschlüsse an den Bahnhöfen der Deutschen Bahn realisiert werden.

Ein wichtiger Schritt hin zu nachhaltiger Mobilität wäre der Ausbau des elektrifizierten Straßenbahnnetzes in Herne. Beispiele aus 26 französischen Kommunen zeigen, wie erfolgreich solche Projekte in den letzten 15 Jahren umgesetzt wurden. Parallel dazu fordern wir die vollständige Umstellung des Busverkehrs auf Elektroantrieb.

Die von SPD und CDU als Leuchtturmprojekt gefeierte Seilbahn hält **Die Linke** für unwirksam im Sinne der Mobilitätswende. Sowohl Bau als auch Unterhaltung der Seilbahn stellen eine Verschwendung von Mitteln dar, die sinnvoller in den Ausbau des ÖPNV investiert werden sollten.

Damit der ÖPNV seine Aufgaben erfüllen kann, muss er angemessen finanziert werden. Das erfordert eine solidarische Zusammenarbeit von Kommunen, Ländern und Bund, um akute Missstände schnell zu beheben.

VRR-Jahresticket für 52 Euro – ein Meilenstein

Luxemburg hat seinen öffentlichen Verkehr komplett auf Nulltarif umgestellt – ein zukunftsweisendes Vorbild. Auch für den VRR muss das langfristige Ziel ein kostenfreier ÖPNV sein. Als wichtigen Zwischenschritt fordert **Die Linke** ein Jahresticket für 52 Euro für Normalverdiener, also nur einen Euro pro Woche, sowie einen Sozialtarif von 5 Euro. Das Deutschlandticket soll dauerhaft für 9 Euro im Monat angeboten werden. Perspektivisch muss der ÖPNV kostenfrei werden.

Wohnen und Bauen

Aus den Dörfern und der landwirtschaftlichen Nutzung, die die Gegend historisch prägte, wurde durch den Kohleabbau eine intensiv besiedelte und versiegelte Landschaft. Um die Zechenstandorte hat sich

eine dichte Wohnbebauung entwickelt, die in den letzten Jahrzehnten durch weitere Wohn- und Gewerbeflächen nahezu lückenlos ergänzt wurde. Die zentral gelegenen ehemaligen Zechen sind heute begehrte Objekte für Investoren und Stadtentwickler.

Damit Herne nicht unter der postindustriellen Belastung durch zu dicht bebaute Flächen mit hoher Lärm- und Schadstoffbelastung leidet, muss die Stadtplanung grundsätzlich neu gedacht werden: Nicht weitere Versiegelung, sondern – wo immer möglich – Entsiegelung bereits versiegelter Flächen muss das Ziel sein. Das Grünflächenamt und die Umweltbehörde sollen bei der Planung Vorrang erhalten. Unversiegelte Flächen dürfen erst von der Umweltbehörde freigegeben werden, bevor neue Bauprojekte starten.

Ein wichtiges Leitbild für eine lebenswerte Stadt ist das Konzept der »15-Minuten-Stadt«: Alle wichtigen Angebote und Versorgungen sollten fußläufig oder mit dem Rad in maximal 15 Minuten erreichbar sein. Das steigert die Lebensqualität im Quartier, reduziert Verkehr und Emissionen.

Deshalb fordert **Die Linke**, dieses Modell konsequent bei allen städteplanerischen Ansätzen mitzudenken.

Leerstand verringern und Zweckentfremdung bekämpfen

Herne hat einen deutlichen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Neubau und Flächenversiegelung sind nicht die einzigen Lösungen. Ein großer Teil des Leerstands besteht aus ruinösen oder unbewohnbaren Wohneinheiten – laut Verwaltung jährlich rund 100 Wohnungen, die »aus dem Markt fallen«. Wenn Eigentümer*innen diese Wohnungen nicht instand setzen, handelt es sich um Zweckentfremdung von Wohnraum.

Die Linke fordert die Stadt auf, stärker gegen diese Zweckentfremdung vorzugehen und alle verfügbaren Mittel zu prüfen, unter anderem die Einführung der Grundsteuer C.

Zudem sollte eine Zweckentfremdungssatzung eingeführt werden, die es Kommunen erlaubt, gegen missbräuchliche Nutzung von Wohnraum vorzugehen. Aktuell ist das nur Kommunen mit besonders angespanntem Wohnungsmarkt gestattet – Herne gehört offiziell noch nicht dazu. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Gesetzgebung so zu ändern, dass alle Kommunen befähigt werden, gegen verantwortungslose Eigentümer*innen vorzugehen.

Sanierung vor Neubau – Umwelt vor Profitinteressen

Die Bauwirtschaft zählt nicht nur zu den profitabelsten Branchen, sondern auch zu den größten Klimakillern weltweit. Allzu oft ist es für Investoren lukrativer, bestehende Gebäude abzureißen und neu zu bauen, statt sie zu sanieren. Doch das hat gravierende ökologische Folgen: Die Entsorgung von Bauschutt belastet die Umwelt, und die Herstellung neuer Baumaterialien wie Beton verursacht enorme Mengen sogenannter »grauer Energie«. Da CO_2-neutraler Zement bisher kaum verfügbar ist, gilt: **Nur so viel wie nötig und so wenig wie möglich neu bauen.**

Ein besonders deutliches Beispiel ist das Hallenbad Eickel: Obwohl ein Gutachten die Sanierung mindestens genauso wirtschaftlich bewertet wie den Abriss und Neubau, halten die schwarz-rote Ratsmehrheit und die Stadtverwaltung am Neubau fest. Die Öffentlichkeit wird dabei mit fragwürdigen Rechenmodellen in die Irre geführt. Wir sagen: **Das Hallenbad Eickel muss erhalten und klimafreundlich saniert werden! Neue Schwimmflächen können auch ohne Abriss entstehen.**

Statt weiter auf Abriss und Neubau zu setzen, braucht es gezielte Programme zur sozialen **Wohnraumförderung durch Sanierung.** Wird Wohnraum über solche Programme saniert, verlängert sich die Belegungsbindung. Gleichzeitig können nicht preisgebundene Wohnungen in bezahlbaren Sozialwohnraum umgewandelt werden. Das wäre ein echter Fortschritt – für das Klima und für die Menschen in unserer Stadt.

Besonders problematisch ist in Herne der zu große Anteil an neugebauten Einfamilienhäusern. Sie versiegeln unverhältnismäßig viel der in Herne ohnehin knappen Grün- und Freiflächen und entsprechen nicht der Lebenssituation der meisten wohnungssuchenden Herner*innen. **Die Linke** lehnt daher den Neubau von Einfamilienhaussiedlungen ab.

Das **»Städtebauliche Transformationskonzept«**, das Verwaltung und Politik aktuell erarbeiten, zeigt erste richtige Ansätze: Aufstockung im Bestand, Umnutzung, Nachverdichtung und die Verlagerung des ruhenden Verkehrs in Quartiersgaragen sind sinnvolle Maßnahmen. Jetzt kommt es darauf an, diese Ideen auch konsequent umzusetzen – mit dem Ziel, **bezahlbaren, qualitätsvollen Wohnraum für alle Herner*innen zu schaffen**, statt die Interessen von Investor*innen in den Mittelpunkt zu stellen.

Beheizen von Wohnraum – sozial und klimagerecht

Klimaschutz beginnt direkt vor der eigenen Haustür – auch beim Heizen. Um Emissionen im Gebäudebereich wirksam zu senken, braucht es neben guter Wärmedämmung vor allem eine Umstellung auf regenerative Heizsysteme. Gerade in Herne, wo viele Menschen in genossenschaftlichen Mietwohnungen leben, muss die Stadt dafür sorgen, dass Fördermittel gezielt dort ankommen, wo sie den größten ökologischen und sozialen Nutzen bringen.

Die Linke fordert: Statt Gelder für technologische Luftschlösser wie ein Technologiezentrum auf dem Blumenthal-Gelände einzuplanen, muss die Stadt EU-, Bundes- und Landesmittel aktiv einwerben, um damit konkret klimafreundliche Heizsysteme in bestehenden Wohnquartieren zu fördern.

Genossenschaftliche Wohnanlagen bestehen häufig aus Mehrfamilienhäusern, die noch immer mit Öl oder Gas beheizt werden. Diese fossilen Systeme sind nicht nur klimaschädlich, sondern in Zukunft auch zunehmend teuer – mit steigender Belastung für die Mieter*innen. Daher fordern wir die Stadt auf, regenerative Heizsysteme voranzubringen, die sowohl klimafreundlich als auch langfristig günstiger sind: etwa Wärmepumpen, betrieben mit Strom aus Photovoltaikanlagen auf dem eigenen Dach, Blockheizkraftwerke oder Fernwärme aus industrieller Prozesswärme.

Dass solche Lösungen funktionieren, zeigen erfolgreiche Modelle aus mehreren sogenannten »Smart City«-Kommunen, in denen Mehrfamilienhaussiedlungen seit Jahren zuverlässig mit regenerativen Heizsystemen versorgt werden. Auch Herne kann diesen Weg gehen – **wenn die Stadt endlich ihre Mittel und ihre Energie dorthin lenkt, wo sie konkrete Verbesserungen für Mensch und Klima bringen.**

Klimaschutz aufs Dach – Dämmen, Begrünen, Energie gewinnen

In Herne gibt es viele Ein- und Mehrfamilienhäuser mit unzureichender Dachdämmung. Diese Gebäude heizen sich im Sommer massiv auf – wie zuletzt in den Hitzesommern 2018 und 2019 –, was für die Bewohner*innen zur Gesundheitsbelastung wird. Zugleich entweicht im Winter unnötig viel Heizenergie. Klimaanlagen sind keine Lösung, sondern verschärfen das Problem durch hohen Stromverbrauch und zusätzliche CO_2-Emissionen.

Die Linke fordert: Die Stadt Herne muss öffentliche Fördermittel – insbesondere von der KfW und aus EU- oder Bundesprogrammen – aktiv einwerben, um kombinierte Förderprogramme für Dachdämmung und Solartechnik aufzulegen. Dabei sollen energetische Sanierungen gezielt mit dem Ausbau von Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen verbunden werden.

Auch Dachbegrünung ist ein entscheidender Beitrag für Klimaschutz und Lebensqualität. Insbesondere auf den zahlreichen Flachdächern in Herne können begrünte Dächer Hitzeinseln reduzieren, Regenwasser zurückhalten und zur CO_2-Bindung beitragen. **Das bestehende Förderprogramm der Emschergenossenschaft zur Dachbegrünung muss deshalb nicht nur fortgeführt, sondern städtisch unterstützt und deutlich besser beworben werden.**

Mehr Grün an, vor und hinter Herner Häusern

Begrünte Flächen an Gebäuden und in den Quartieren leisten einen wichtigen Beitrag zur Luftqualität, zur CO_2-Bindung und zum städtischen Mikroklima. Sie fördern Artenvielfalt, senken die Temperaturen und erhöhen die Aufenthaltsqualität im direkten Wohnumfeld.

Deshalb fordert Die Linke:

- **Die Ausweitung des Herner Fassaden- und Hofflächenprogramms,** insbesondere mit Fokus auf Hofentsiegelung, vertikale Begrünung und die Anlage klimaresilienter Grünflächen.
- **Ein konsequentes Vorgehen gegen sogenannte Schottergärten:** Diese versiegelten Flächen verschärfen Hitze- und Überschwemmungsrisiken. Luftbilder und der Kommunale Ordnungsdienst sollen gezielt eingesetzt werden, um geltende Vorschriften durchzusetzen.
- **Die Förderung von Bienenweiden und Insekten freundlicher Begrünung** – etwa durch Blühpflanzen, Kletterpflanzen und Ranken an Gebäudefassaden oder auf gemeinschaftlich genutzten Flächen.

Klimaschutz beginnt im Quartier. Die Stadt Herne muss ihre Verantwortung ernst nehmen – mit konsequenter Förderung nachhaltiger Sanierungen, Gebäudebegrünung und ökologisch sinnvollen, sozial gerechten Maßnahmen.

Kommunale Förderung von Energieverbraucher- und Energieerzeugerzellen

Das rund 140 Jahre alte, zentralisierte Stromnetz, in dem große Konzerne an der Spitze standen und Privatverbraucher*innen die Kosten trugen, ist nicht mehr zeitgemäß. Die Zukunft gehört einem dezentralen, regenerativen Energiesystem, in dem Bürger*innen nicht nur Energie verbrauchen, sondern sie auch selbst erzeugen – zum Beispiel über Photovoltaikanlagen auf Dächern oder regenerative Heizsysteme.

Dieses neue Stromnetz der Zukunft muss ökologisch, sozial und technisch neu gedacht und organisiert werden.

Schon heute gibt es in Städten unterschiedliche Energienutzungsprofile:

- **Energieverbraucherzellen** wie Mehrfamilienhäuser mit alten Heizsystemen oder Ladestationen für E-Mobilität,
- **Energieerzeugerzellen** wie Windkraftanlagen auf geeigneten Brachflächen,
- sowie **gemischte Zellen**, etwa Quartiere mit Solaranlagen, Wärmepumpen oder gemeinschaftlich genutzten Energiespeichern.

Die Linke fordert: Die Stadtwerke Herne müssen frühzeitig eine zukunftsfähige Zellenstruktur planen und technisch umsetzen. Dabei sollen Quartiers bezogene Lösungen entwickelt werden, die den Austausch und die Nutzung regenerativ erzeugter Energie lokal ermöglichen.

Zudem schlagen wir vor, **kommunale Testprojekte zu schaffen**, in denen sich Bürger*innen zu **Energie-Genossenschaften** zusammenschließen – etwa in Mehrfamilienhausgemeinschaften oder Quartieren. Nach dem Prinzip der Subsidiarität können solche Zusammenschlüsse gemeinsam Energie erzeugen, speichern und nutzen, wodurch nicht nur die Energiewende vorangetrieben wird, sondern auch die demokratische Kontrolle über die Energieversorgung gestärkt wird.

Energie soll keine Ware sein, mit der Konzerne Profite machen – sondern ein Grundrecht, das ökologisch verantwortungsvoll und sozial gerecht organisiert wird.

Stadtplanung für Menschen statt für Discounter-Profite

In Herne erleben wir es immer wieder: Discounter wollen ihre Verkaufsflächen vergrößern – oder eine alte Filiale wird aufgegeben, weil sie steuerlich abgeschrieben ist, und wenige hundert Meter weiter entsteht ein Neubau auf der grünen Wiese. Die alte Fläche bleibt versiegelt und ungenutzt zurück. Die Stadt genehmigt dies oft noch mit einem »vorhabenbezogenen Bebauungsplan«, der einzig den Interessen der Investor*innen dient.

Die Linke sagt: Schluss mit dieser Form von Stadtplanung!

Die Stadt muss ihre planerische Souveränität behalten und endlich konsequent im Sinne der Menschen handeln – nicht für die Bilanz von Handelskonzernen.

Wir fordern:

- **Keine neuen Discounter auf der grünen Wiese**, wenn Altstandorte noch nutzbar oder sanierbar sind.
- **Reduzierung von Flächenfraß:** Versiegelung darf nicht länger Standard sein. Stattdessen braucht es Tiefgaragen oder geteilte Stellplatzlösungen in Quartiersgaragen. Auch hier gilt es in die Höhe zu bauen und nicht in die Fläche.
- **Mehrfachnutzung statt Einzweckbauten:** Auf neuen Discountergebäuden soll verpflichtend barrierefreier, bezahlbarer Wohnraum entstehen. Gebäude in die Höhe zu entwickeln ist klimafreundlicher und flächensparend.
- **Bildung bleibt unabhängig:** Die Errichtung von Schulen oder Kitas über Supermärkten lehnt **Die Linke** ab – Bildung darf nicht abhängig von Konzerninteressen oder wirtschaftlicher Zweckbindung gemacht werden.

Stadtplanung muss den Bedürfnissen der Menschen dienen – mit bezahlbarem Wohnen, grünen Freiflächen und nachhaltiger Infrastruktur.

Industrie geht auch nachhaltig

Herne ist Industriestandort – besonders im Bereich der chemischen Industrie. Diese trägt nicht nur massiv zum CO_2-Ausstoß durch Verbrennung fossiler Rohstoffe bei, sondern erhitzt durch ihre Abwärme zusätzlich das Stadtklima. Oft entweicht die überschüssige Prozesswärme ungenutzt als weißer Dampf in die Atmosphäre – ein Symbol für ineffiziente Energieverwertung.

Die Linke fordert:

- Die Einbindung der Industrie in ein modernes kommunales Fernwärmenetz – über verbindliche Vorgaben im Flächennutzungsplan.
- Nutzung statt Verschwendung: Prozessabwärme muss verpflichtend eingespeist und damit für die Versorgung von Haushalten nutzbar gemacht werden.

Keine Erweiterung der Emscherdeponie – Schluss mit 50 Jahren Risiko

Die **Emscherdeponie** ist ein fossiles Relikt: Ohne Basisabdichtung gebaut, kann sie seit Jahrzehnten **wasserlösliche Schadstoffe** in tiefere Bodenschichten und das Grundwasser abgeben – und damit das Trinkwasser gefährden. Nach europäischem Recht müsste sie längst geschlossen sein.

Die Linke sagt: Schluss mit dem Giftmüll!

- Die Emscherdeponie darf **nicht erweitert**, sondern muss **schnellstmöglich geschlossen** werden.
- Wir fordern ein unabhängiges Gutachten über den aktuellen Zustand der Deponie und eine Prüfung der **Langzeitfolgen für Boden und Wasser**.
- Statt Verwaltungsschutz für Umweltvergehen braucht Herne eine **aktive Umweltpolitik im Interesse der Gesundheit aller**.

Die bisherigen Oberbürgermeister waren Hüter des Giftmülls – zukünftig brauchen wir einen **Terminator der Deponie!**

Störfallfirmen: Gesundheit geht vor Standortlogik

Acht Störfallbetriebe gibt es derzeit in Herne – bald werden es neun. In der größeren Nachbarstadt Bochum sind es nur drei. Das ist Folge einer verfehlten Industriepolitik, die Risiken für Mensch und Umwelt bewusst in Kauf nimmt.

Ein besonders drastisches Beispiel: Die Firma **Silex** arbeitet mit dem krebserregenden Stoff **PCB**. Das Landesumweltamt (LANUV) wies 2020 nach, dass die Belastung in Horsthausen und Umgebung so hoch ist, dass dort **kein Gemüse mehr angebaut werden soll** (WAZ vom 8.6.2020).

Die Linke fordert:

- **Ein neues Gutachten auf Basis der Seveso-III-Richtlinie** – unser Antrag im Umweltausschuss 2023 wurde von SPD, CDU und AfD abgelehnt.
- **Konkrete Maßnahmen zur Gefahrenabwehr**, inklusive lückenloser Messungen, klarer Auflagen und eines schrittweisen Rückbaus der besonders gefährlichen Betriebe.
- **Transparenz für Anwohner*innen:** Informationen über Risiken dürfen nicht hinter Firmenschutz zurückstehen.

Herne braucht **eine Industriepolitik mit Verantwortung** – nicht eine, die auf Kosten der Umwelt und der Gesundheit der Bevölkerung geht.

Grünflächen: Klima schützen, Lebensqualität sichern

Die Klimaanalyse der Stadt Herne (2018) zeigt deutlich: Der Klimawandel ist längst bei uns angekommen. In stark versiegelten Gebieten wie der Herner Innenstadt können sich die Temperaturen im Sommer um mehr als 4°C über das Umlandniveau hinaus aufheizen. Hitzerekorde, Tropennächte, Starkregen und die Dürre im Frühjahr 2025 verdeutlichen, wie dringend **konkrete Anpassungen** nötig sind.

Auch die Meldungen aus diesem Jahr machen deutlich, dass die Karten, auf denen in der Klimaanalyse und dem darauf aufbauenden Klimafolgenanpassungskonzept die Bereiche mit hoher Hitzebelastung eingezeichnet waren, längst veraltet sind.

Die Linke fordert:

- Eine **regelmäßige Fortschreibung** der Klimaanalyse und des Klimafolgenanpassungskonzepts – mindestens im Fünfjahresrhythmus.
- Die **Aktualisierung der Messdaten** in kürzeren Zeitabständen, um auf neue Entwicklungen schnell reagieren zu können.

Grünflächen sind Klimaschutz

Städtisches Grün wirkt aktiv gegen die Folgen des Klimawandels:

- Es **kühlt** die Stadtluft,
- **bindet CO_2** und Feinstäube,
- **produziert Sauerstoff**

- und dient der **Versickerung von Regenwasser** im Sinne der »Schwammstadt«.

Vor allem Bäume sind unersetzlich. Begrünte Dächer oder Fassaden können begrünten Böden und alten Baumbeständen nicht das Wasser reichen – im wahrsten Sinne des Wortes.

Keine weitere Versiegelung – Stadtentwicklung im Sinne des Klimas

Unversiegelte Flächen sind ein zentrales Element der städtischen Klimaanpassung. Sie nehmen bei Starkregen Wasser auf, speichern es und geben es langsam an Boden, Grundwasser und Oberflächengewässer ab. So erfüllen sie eine Schlüsselrolle im Konzept der **»Schwammstadt«** – einer klimaresilienten Stadt, die mit Wetterextremen umgehen kann.

Im Klimafolgenanpassungskonzept der Stadt Herne wird unmissverständlich betont: Es dürfen keine weiteren Flächen versiegelt werden.

Die Linke Herne fordert: Keine Neuversiegelung von Grünflächen!

Wohnraumschaffung soll stattdessen durch:

- **Nachverdichtung** im Bestand,
- **Aufstockung** von Gebäuden,
- und die **sozial-ökologische Sanierung** bestehender, vernachlässigter Häuser erfolgen.

Entsiegelung statt Betonierung: Brachliegende versiegelte Flächen – etwa auf dem Gelände am **Großmarkt** – sollen, wo immer möglich, **entsiegelt** und als **ökologisch hochwertige Grünflächen** neugestaltet werden. Das dient dem Klima, der Artenvielfalt und den Menschen in Herne.

General Blumenthal erhalten: Die Industriebrache soll **vollständig entsiegelt** und als **postindustrielles Naturrefugium** entwickelt werden. Vorgeschlagen wird eine differenzierte Nutzung:

- Lebensraum für geschützte Arten wie die **Kreuzkröte**,
- **naturnahe Wald- und Parkflächen,**
- langfristige ökologische Pflege.

Keine Seilbahn als Vorwand zur Bebauung:
Die geplante Seilbahn vom Wanner Bahnhof zum Blumenthalgelände lehnen wir entschieden ab.

Denn: **Ist die Seilbahn erst gebaut, wird zwangsläufig eine Bebauung folgen**, um sie wirtschaftlich betreiben zu können. Das lehnen wir ab – für das Klima, für die Natur, für die Menschen.

Klima vor Bauinteressen: Das bisherige **Primat der Bauplanung** gegenüber dem Umwelt- und Klimaschutz muss **dringend beendet** werden.
Die Belange des **Fachbereichs Stadtgrün**, der **Umweltbehörde** und der **Klimafolgenanpassung** müssen bei jeder Planung vorrangig behandelt werden.

Deshalb: Unversiegelte Flächen dürfen erst dann in die Bauplanung aufgenommen werden, wenn die Umweltbehörde sie explizit freigegeben hat.

Bis 2030: 100.000 neue Bäume für Herne!

Stadtklimaforscherinnen empfehlen für Städte in klimatisch ungünstigen Tallagen etwa drei große Bäume pro Einwohner*in, um Klimaneutralität zu erreichen. Für eine Großstadt wie Bonn mit 350.000 Einwohner*innen ergibt sich daraus ein Bedarf von rund einer Million Bäumen.

Für Herne streben wir bis 2030 zunächst nicht die vollständige Klimaneutralität, sondern einen entschlossenen Einstieg in die CO_2-Entnahme an. Dies würde etwa 0,65 Bäume pro Einwohner*in bedeuten – also rund **100.000 neue Bäume in Herne** als erstes Etappenziel.

Die Linke unterstützt daher ausdrücklich die Forderungen der Bürgerinitiative Stadtwald nach dem Erhalt und Ausbau des Stadtwaldes auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Blumenthal. Dort musste der Altbaumbestand aus Sicherheitsgründen gefällt werden – doch die Ersatzpflanzungen müssen konsequent erfolgen.

Unsere Forderungen:

- Ersatzpflanzungen müssen – wenn nicht anders nachweisbar – **in unmittelbarer Nähe der gefällten Bäume** stattfinden.
- Eine **Auslagerung von Ersatzpflanzungen in andere Kommunen** ist abzulehnen.
- Die **Stadt Herne muss geeignete Flächen bereitstellen**, auf denen neue Bäume gepflanzt werden können.
- **Ausgleichszahlungen für Baumfällungen** sind **zweckgebunden für Neupflanzungen** einzusetzen.

Neue Bäume schaffen neue Arbeitsplätze!

Die Pflege der neuen Bäume ist eine langfristige Aufgabe. Das städtische Grünflächenamt kann mit seinem derzeitigen Personalbestand die notwendige Baumpflege für 100.000 neue Bäume nicht leisten.

Daher ist es wichtig, den Bereich der städtischen Baumpflege um etwa **25 neue, nachhaltige Vollzeitstellen** aufzustocken. Nur so kann die Pflege und der Schutz des städtischen Baumbestands dauerhaft sichergestellt werden.

Generell muss das Grünflächenamt personell so ausgestattet sein, dass es seine wichtigen Aufgaben zum Schutz und zur Entwicklung der städtischen Grünflächen zuverlässig erfüllen kann.

Ernährung: Gesund und ökologisch

Eine gesunde Ernährung ist essenziell für unsere individuelle Gesundheit und zugleich ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz. Eine überwiegend pflanzliche Ernährung aus biologischem Anbau reduziert sowohl das Risiko von Zivilisationskrankheiten als auch den Ausstoß von Treibhausgasen und den Einsatz umweltschädlicher Pestizide und Düngemittel.

Deshalb soll das Angebot in öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten schwerpunktmäßig aus pflanzlichen, ökologischen, saisonalen und regional erzeugten Lebensmitteln bestehen.

Lebensmittelverschwendung ist in Deutschland noch immer ein großes Problem. Während beispielsweise Frankreich bereits Gesetze erlassen hat, die Supermärkte verpflichten, Lebensmittel nicht zu entsorgen, werden hierzulande täglich tausende Tonnen Lebensmittel weggeworfen.

Solange es keine bundesweiten gesetzlichen Regelungen gibt, soll die Stadt Herne eigeninitiativ aktiv werden und Initiativen wie Food Sharing und die Tafel tatkräftig unterstützen. Der Einzelhandel soll zudem ermutigt werden, verstärkt mit diesen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Ein großer Teil des ökologischen Fußabdrucks von Lebensmitteln entsteht durch unnötigen Müll, insbesondere durch Einwegverpackungen. Wir begrüßen die neue gesetzliche Mehrweg-Angebotspflicht und fordern, dass die Kommune deren Einhaltung durch Kontrollen in der Gastronomie sicherstellt.

Darüber hinaus soll die Stadt Herne zeitnah eine Einwegverpackungssteuer nach dem Vorbild von Tübingen einführen, um zusätzliche Anreize zur Vermeidung von Verpackungsmüll zu schaffen.

Tierschutz

Tiere sind fühlende Wesen – sie verdienen Schutz, Respekt und Mitgefühl. Ein zentraler Baustein für den Tierschutz in Herne ist das Tierheim Herne-Wanne. Um dessen wichtige Arbeit langfristig zu sichern, braucht es endlich eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung aus öffentlichen Mitteln. Wir würdigen die enorme Leistung, die dort vor allem ehrenamtlich erbracht wird.

Angesichts der steigenden Anzahl abgegebener Katzen und der wachsenden Straßenkatzenpopulation muss die Stadt aktiv werden: Die bestehende Kastrationspflicht für freilaufende Katzen ist konsequent durchzusetzen.

Für viele Hundebesitzer*innen ist ihr vierbeiniger Freund ein wichtiger Begleiter. Gerade für Menschen mit geringem Einkommen ist die Hundesteuer jedoch eine finanzielle Belastung. Deshalb fordern wir eine soziale Staffelung der Hundesteuer.

Neben Haustieren verdienen auch Wildtiere unseren Schutz. Jagd sollte an Orten, die häufig von Menschen genutzt werden – etwa in Parks oder auf Friedhöfen – streng verboten sein. Jagd und Jagdübungen in Naturschutzgebieten lehnen wir ebenfalls ab. Die Stadt muss die versprochenen Maßnahmen zum Gänse-Management umsetzen, wobei wir ein Abschießen der Tiere ablehnen.

Die Stadttaubenproblematik verlangt dringende Maßnahmen: Die Tiere sind oft in schlechtem Gesundheitszustand, und ihre Hinterlassenschaften beeinträchtigen die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Wir fordern die Stadt auf, ein Stadttaubenkonzept zu erarbeiten und Taubenhäuser einzurichten, wie sie beispielsweise in Gelsenkirchen erfolgreich eingesetzt werden.

Silvester-Böllerei: Ein Ärgernis für Mensch, Tier und Natur

Das alljährliche Feuerwerk zum Jahreswechsel ist nicht mehr zeitgemäß. Aus Umwelt- und Tierschutzgründen fordert **Die Linke**, dass die Stadt Herne alle gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpft, um die Böllerei zu reduzieren. Als Vorbild kann die Stadt Düsseldorf dienen, die in ihrer Altstadt ein weitreichendes Böllerverbot eingeführt hat und stattdessen eine umweltfreundliche Drohnen-Lichtershow anbietet.